Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

17 (17.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Isaler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 17. **Dienstag, den 17. Januar 1922** Erstes Blatt.

Die Bilanz von Cannes.

Man kann das Wesen von Cannes so definieren: es war der aus dem allgemeinen Chaos hervorgegangene Wunsch, das Verhältnis der europäischen Völker zueinander statt auf eine rein politische, auf eine wirtschaftliche Grundlage zu stellen.

Wir wollen ohne Voreingenommenheit untersuchen, inwiefern diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt waren.

Die stärkste Macht, die sich der geplanten Neuordnung der Dinge entgegenstemmte, war das militaristische Frankreich, das durch seinen Volkscharakter, seine Geschichte, seinem Wesen nach vorwiegend, wenn nicht ausschließlich politisch orientiert ist. Das größte militärische und organisatorische Genie dieser Nation, das Symbol ihrer Größe, Napoleon I., sprach das Wort: „Die Politik ist das Schicksal!" Für Frankreich wird es ewig wahr bleiben.

Im Friedensvertrag von Versailles hatte Frankreich den Versuch gemacht, die beiden Weltmächte Amerika und England mit der eigenen rein politischen Einstellung für unabsehbare Zeiten solidarisch zu machen durch den Abschluß eines Schutz- und Trutzbundes. Der gesunde Instinkt, vorwiegend der Amerikaner, machte durch seine Weigerung, den Versailler Vertrag einschließlich des Bündnisses zu ratifizieren, diesen Anschlag auf die Zukunft Europas zunichte, und England beeilte sich, seinerseits die Fesseln abzustreifen.

Seit dieser Zeit blieb Frankreich eigentlich immer in der Opposition und verhinderte so mit allen Mitteln den Wiederaufbau Europas. Das wirtschaftliche Chaos wurde immer größer, und schließlich mußte sogar ein Siegerstaat, England, eingestehen, daß die Wunden, die ihm der Friede geschlagen, nicht minder gefährlich wären, als die, die der Krieg den am meisten betroffenen Ländern verursacht hatte. So ging man nach Cannes, mit der festen Absicht, die Axt an die Wurzel des Elendes zu legen.

Frankreich hatte Bedenken und nahm von vornherein eine Oppositionsstellung ein, die die Verhandlungen ungemein erschwerte. Da entschloß sich England, ihm in politischer Beziehung entgegenzukommen durch den Abschluß des bekannten Garantievertrages, der Frankreichs Boden vor einem unprovozierten deutschen Angriff sichern sollte. Englands Absicht dabei war die sukzessive Gründung eines europäischen Staatenbundes, der praktisch den morschen Völkerbund ersetzen sollte und in dem man keinen Unterschied zwischen Sieger und Besiegten, zwischen Freund und Feind kannte.

Briand ist gegenwärtig Frankreichs größter Realpolitiker; wohl verleugnet auch er keinen Charakterzug seiner Nation; aber er hält sich an das Erreichbare. Er kannte wie kein zweiter die Sachlage und wußte, daß in diesem Falle der Spatz in der Hand das beste wäre; später würde man sehen . . .

Aber Paris, das unberechenbare, wurde nervös. Man konnte das tägliche Anwachsen des Sturmes deutlich beobachten. Alle bösen Geister wurden wach, eine wahre Hölle schien ausgelassen. Man drohte, man schimpfte: England blieb zum erstenmal fest, auch dann, als mit aller Deutlichkeit die unheimliche Figur Poincarés auftauchte. Lloyd George war entschlossen, sich nicht mehr schrecken zu lassen.

Da schritt Paris zur Tat und bewog Briand, seine Entlassung zu geben. Es kann nicht genug betont werden, daß Briand dies durchaus freiwillig tat, gegen die Kammermehrheit, die ihm ihr Vertrauen nicht versagt hätte. Der Sturz Briands und die Berufung Poincarés war keine innerpolitische Notwendigkeit, sondern ganz einfach ein strategischer Schachzug, an denen die französische Politik aller Zeiten so überreich ist.

Das erste und sicherste Resultat von Cannes, der englisch-französische Garantievertrag, mit Aussicht auf einen allgemeinen Völkerbund, ist durch den Willen der Franzosen stark in Frage gestellt. Poincaré wird ohne Zweifel die Verhandlungen mit England wieder aufnehmen, aber ohne weiteres versuchen, sie auf eine ganz andere Basis zu stellen, womit natürlich das ganze Werk unnütz wird.

Im Sinne Englands war die Hauptaufgabe von Cannes die Gründung eines kontinentalen oder vielleicht interkontinentalen Wirtschaftskonsortiums, dessen definitive Gestaltung in Genua erfolgen sollte. Soweit man heute sehen kann, ist in dieser Hinsicht wenigstens ein Erfolg zu buchen: Lloyd George hat sich beeilt, nach Briands Abgang zu versichern, daß die Wirtschaftskonferenz bestimmt zusammentreten werde, da Briand als Bevollmächtigter Frankreichs dazu seine Zustimmung gegeben habe. Soviel ist also erreicht, daß man Anfang März in Genua tagen wird: nicht weniger, aber auch nicht mehr. Man ist seit Spaa und Paris und London und Lympne gewohnt, sehr, sehr skeptisch über Konferenzen zu denken: seien wir hier optimistischer, ohne uns aber zu verschweigen, daß dazu, bei Licht besehen, eigentlich kein Grund vorliegt. Denn alles ist so unbestimmt wie nur möglich: das Programm, die Verhandlungsmethode, die zugelassenen Staaten (wird Rußland, wird sogar Deutschland dasein oder nicht? Und in welcher Eigenschaft, mit welchen Befugnissen?), endlich die Mittel, mit denen die Beschlüsse ausgeführt werden. Was wird Frankreich tun? Poincaré, sein gegenwärtiger Diktator, hat sich vor noch nicht langer Zeit sehr abfällig über derlei Konferenzen ausgesprochen, die er mit Kinopolitik und noch mit ärgeren Schimpfnamen belegt: hat er heute seine Meinung geändert, er, der das Symbol der unbelehrbaren Starrköpfigkeit darstellt? Wird Amerika kommen, wo ein Poincaré das große Wort führt? — Das alles sind schwerwiegende Fragen, von deren Beantwortung alles abhängt: ob Genua einen Schritt vorwärts, ob es einfach einen Schlag ins Wasser bedeutet. Deshalb kann man dieses Ergebnis der Konferenz von Cannes nur mit größter Zurückhaltung und Vorsicht aufnehmen.

Kommen wir zu dem, was man in der ganzen Welt die Deutsche Frage nennt. Man hat sich in Cannes natürlich ausgiebig damit beschäftigt, ohne daß der tatsächliche Erfolg den Anstrengungen entsprach.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hatte vor etwa einem Monat den Bankerott der Erfüllungspolitik förmlich angekündigt. Es hatte sich gezeigt, daß die übernommenen Verpflichtungen tatsächlich die deutsche Leistungsfähigkeit bei weitem überstiegen. Um dies von Anfang an einzusehen, brauchte man wirklich kein großer Schriftgelehrter zu sein.

Zwei Wege standen der Entente von nun an offen: den der Gewalt, der Sanktionen, der „Hand am Kragen", von dem Briand im Mai gesprochen hatte, oder den der Stundung, der „Atempause". Ersteren wollte England auf keinen Fall gehen, da er den Bankerott nicht nur Deutschlands, sondern Europas bedeutet hätte. Frankreich allein aber schreckte davor zurück, genau so, wie es trotz der großen Worte auch im Mai zurückgeschreckt wäre, wenn man deutscherseits nicht voreilig das Unmögliche versprochen hätte. Blieben nur mehr die Verhandlungen. Sie führten zu dem bekannten Resultat. Das Provisorium eines Provisoriums. Deutschland soll vorläufig zahlen, was es zahlen kann — mehr könnte es ohnehin nach der heute gangbaren Logik nicht zahlen: nachher wird man sehen, was es provisorisch zahlen muß. Gewiß, ein sehr verzwicktes System, das nur der anwendet, der einsieht, daß er den Tatsachen Rechnung tragen muß, wenn es ihm auch noch so sehr widerstrebt. Schließlich weiß man auch nicht mehr recht, wer über Deutschlands Zukunft zu entscheiden hat: die Reparationskommission — wie ihr französischer Präsident und Diktator Dubois will — oder der Oberste Rat, der gegenwärtig gar nicht tagen kann, oder die alliierten Regierungen selber. Und was schließlich die Hauptsache ist: Was wird man mit der inneren Souveränität Deutschlands anfangen? Inwiefern muß der Plan, den die deutsche Regierung mit Zustimmung Rathenaus innerhalb vierzehn Tagen vorlegen muß, und der sich mit dem deutschen Haushalt und der Reichsbank beschäftigen soll, inwiefern muß sich dieser den bekannten Wünschen der Entente anpassen? Gibt man schließlich da nicht mehr auf, als man bekommt? Und inwiefern ist dem Kalb gedient, wenn es wohl nicht seinen Metzger, aber seine Todesart selber zu wählen die gütige Erlaubnis erhält?

Vielleicht wird man in Deutschland alle diese Dinge nicht so tragisch nehmen, wie man sie als Deutscher hier in Paris nehmen muß. Leider hat sich bis jetzt immer gezeigt, daß die Pariser Luft mehr den Tatsachen und den Ereignissen entsprach als die Berliner: das mag heute geändert sein, aber es war bis jetzt so. Und es sei daher gestattet, trotz einiger wirklicher oder vermeintlicher Aktivposten die Bilanz von Cannes bis jetzt passiv zu nennen . . .

Deutschland nach Genua eingeladen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 16. Jan. Der italienische Botschafter übermittelte heute abend der Reichsregierung die Einladung des Obersten Rates an das Deutsche Reich, an der Konferenz in Genua teilzunehmen.

Amerika geht nicht nach Genua.

Paris, 16. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat die amerikanische Regierung die Einladung der Verbündeten, sich in Genua vertreten zu lassen, nicht angenommen.

Amerika und das feindliche Eigentum.

t. Neuyork, 16. Jan. Ein Plan, das Eigentum des früher feindlichen Auslandes im Werte von 400 Millionen Dollar zur Ausdehnung der künftigen Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mittelmächten zu verwenden, wurde von Sequester Miller in einer Rede bei einem Frühstück vertreten. Der Plan wird von hohen Washingtoner Persönlichkeiten unterstützt und wird wahrscheinlich dem Kongreß vorgelegt werden. Mit dem Plan sind große deutsche Interessen verknüpft, und seine Annahme würde erlauben, daß das Geld in den Vereinigten Staaten bleibt zur Wiederbelebung des Handels, während wenn das Geld an Deutschland zurückgegeben würde, ungefähr 25 Prozent als Entschädigung für durch U-Boote versenkte Handelsschiffe konfisziert werden.

Italien und das geplante französisch-englische Bündnis.

t. Rom, 16. Jan. Der „Corriere della Sera" veröffentlicht zwei Noten, die in der Frage des Garantievertrags zwischen der italienischen und der englischen Delegation gewechselt wurden. Der Inhalt ist folgender:

Die italienische Note erinnert daran, daß die Konferenz von Cannes einberufen wurde, um die deutschen Vergütungen und den Wiederaufbau Europas zu regeln. In beiden Punkten habe Italien Rücksicht auf seine besonderen politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten in weitestem Maße genommen. Die italienische Delegation sei überzeugt, daß der geplante Garantievertrag den Frieden unter ungeschwächter Zusicherung des gegenseitigen Einvernehmens unter den Hauptmächten zustande bringen wird. Sie können sich aber die Bemerkung nicht versagen, daß ein Vertrag, der alle an der Konferenz teilnehmenden Mächte an der Konferenz einbeziehe, beide Ziele besser und wirksamer verfolgen könne. Die italienische Delegation nehme gleichwohl die Absicht der englischen Regierung zur Kenntnis, über der Konferenz von Genua die mit Frankreich vereinbarte Zusicherung zu einem europäischen System zu erweitern.

Die englische Note bezeichnet die unmittelbare Hauptursache, der der Vertragsentwurf sein Entstehen verdankt. Frankreich und England befanden sich einem feindlichen Deutschland gegenüber, in gleicher Gefahr; hingegen sei dank der Lage seiner natürlichen Grenzen Italien unvergleichlich besser gestellt. Immerhin biete Großbritannien den Verbündeten Italiens seine Mitarbeit in der Schaffung eines italienischen Sicherungssystems an. Die Konferenz von Genua gelte diesem Zweck, und Deutschland und Rußland würden sich damit wohl einverstanden erklären.

Zur Auslieferungsfrage.

w. London, 16. Jan. Zu dem Vorschlag der Kommission, die deutsche Regierung zu ersuchen, die deutschen Kriegsverbrecher zur Aburteilung auszuliefern, schreibt „Daily Expreß": Dieser Vorschlag sei überraschend.

„Daily Chronicle" sagt, wenn der Oberste Rat dem Vorschlag der Kommission stattgeben würde, so würden ernste Schwierigkeiten entstehen. Die Alliierten hätten die Verfahren in Leipzig stattfinden lassen, da die Auslieferung der Beschuldigten für die deutsche Regierung eine physische Unmöglichkeit bedeutet hätte. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche Regierung heute eher dazu in der Lage sei. Die Nachteile, Deutschland in ein Chaos zu stürzen, seien heute genau so groß wie damals. Während selbst milde Urteile des deutschen obersten Gerichtes eine moralische Wirkung auf die Deutschen hätten, sei dies bei Urteilen der Alliierten nicht der Fall.

Ein englisch-belgischer Vertrag.

b. Brüssel, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die belgischen Minister Theunis und Jaspar haben in einer Unterredung mit Vertretern der belgischen Presse nach der Rückreise von Cannes Erklärungen über die Konferenz abgegeben. Von besonderem Interesse sind die Erklärungen über die Defensivgarantien. Die belgischen Vertreter seien zu einem Uebereinkommen mit England gelangt. Der Wortlaut eines belgisch-englischen Allianzvertrages unterliege nur noch der Zustimmung des englischen und des belgischen Kabinetts. Nach dem Wortlaut dieses Vertrages werde England Belgien im Falle eines Angriffes auf Belgien oder im Falle einer Verletzung der belgischen Gebiete durch eine fremde Macht zu Hilfe kommen.

Die Besprechungen über die Zahlungen.

b. Berlin, 16. Jan. Die Chefbesprechung der Reichsregierung, die, wie angekündigt, Montag nachmittag um 4 Uhr zusammentrat, beschäftigte sich mit der Reparationsfrage. Die Verhandlungen, die vertraulich waren, dauerten etwa zwei Stunden. Es schloß sich eine Sitzung des Reichsratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten an, in der der Reichskanzler über die Fragen der auswärtigen Politik und besonders über die mit der Konferenz von Cannes zusammenhängenden Probleme sprach. Am Mittwoch wird der Kanzler im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages über die gleiche Frage sprechen.

Das Zentrum und die Steuerpläne.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Da man annehmen kann, daß die bevorstehende Rede des Reichskanzlers Wirth auf dem Zentrumsparteitage mehr vom Standpunkte des deutschen Reichskanzlers als vom Standpunkte des Zentrumsmannes aus gehalten wird, daß Wirth sich also mehr mit der hohen Politik als mit der Parteipolitik beschäftigen wird, so darf man heute, nachdem so prominente Zentrumspolitiker wie Minister Braun und Fehrenbach zu Worte gekommen sind, schon nach diesen beiden Reden Schlüsse auf die innenpolitische Haltung des Zentrums ziehen. Zunächst interessieren die vorsichtigen Andeutungen Brauns über die Steuerpolitik des Zentrums, ein Thema, das um so brennender ist, als Deutschland ja bekanntlich in 14 Tagen der Reparationskommission einen Plan zur Aufbalanzierung seines Etats vorlegen muß. Zentrum und Sozialdemokratie, die beiden Trägerparteien der jetzigen Reichsregierung, haben sich nach allem Anschein auf ein Kompromiß geeinigt, das Braun mit dem Ausdruck umschreibt, er trete in der Steuerfrage für einen zeitlich beschränkten Eingriff in die deutsche Vermögenssubstanz ein. Da man von sozialdemokratischer Seite weiß, daß die S.P.D. auf die Erfassung der Sachwerte verzichtet, wenn ihr kräftige Zugeständnisse in der Frage der Besitzsteuer gemacht werden, so ergibt es sich, daß diese Zugeständnisse in der von dem Zentrumsminister angedeuteten Form erfolgt sein dürften. Es fragt sich sehr, ob die Deutsche Volkspartei u. die Deutsche Dem. Partei, in deren Kreisen diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, sich ohne weiteres auf den Boden eines derartigen Kompromisses stellen können und werden.

Der Anschein, daß die Zentrumspartei in diesen Zeitläuften mehr Rücksicht auf die Nachbarn zur Linken als auf die zur Rechten nimmt, konnte zur Gewißheit werden, als man gewisse Sätze aus der Rede Fehrenbachs vernahm. Der ehemalige Kanzler stellte sein Temperament, das früher auf der Tribüne des Reichstages schon manchen glücklichen Moment gehabt hatte, diesmal ganz in den Dienst der Steuerorientierung seiner Partei und fand in polemischen Ausführungen gegen andere Parteien, besonders auch gegen die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, Worte, die, wie wir hören, in diesen Parteien nicht dazu beigetragen haben, den Gedanken an die große Koalition der Mitte zu beleben.

(Der Bericht über den Parteitag befindet sich Seite 3.)

Die Regelung der Beamten- und Arbeitergehälter.

t. Berlin, 16. Jan. Der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörende Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, hat, wie die Telegraphen-Union erfährt, dem Reichstag eine Eingabe zugehen lassen, in der es u. a. heißt:

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches haben zu einem Einvernehmen geführt, das in seinen grundsätzlichen Teilen von den Unterhändlern der Organisationen nur unter Protest hingenommen wurde. Der Gesamtverband weist darauf hin, daß die Grundgehälter, wie sie durch die Regelung vom November ds. Js. festgesetzt wurden, nicht mehr haltbar sind, schon wegen der inzwischen erfolgten Neufestsetzung der Einkommensteuerstaffelung. Der Reichstag wird deshalb gebeten, eine Aenderung der Grundgehälter vorzunehmen. Falls dies jetzt nicht möglich sein sollte, wird der Regierung gegenüber die Bitte ausgesprochen, daß eine solche Neuregelung bei der nächsten Gelegenheit erfolgen soll. Der beim Teuerungszuschlag neubeschrittene Weg wird grundsätzlich gebilligt, aber die vorgesehenen Aufbesserungsbeträge (1075 Mk. für Arbeiter und 2000 Mk. für Beamte pro Jahr) werden als zu gering bezeichnet, im Hinblick auf die vor der Türe stehende weitere Erhöhung der Lebenshaltung. Als Mindestbetrag einer erträglichen Aufbesserung werden 3000 Mk. genannt und vorgeschlagen, daß für einen Betrag von 12 000 Mk. als Grundgehalt und Ortszuschlag statt 10 000 Mk. ein weiterer Zuschlag von 20 Proz. eingeräumt wird. Für die Arbeiter wäre dieser Betrag in Lohnstunden umzurechnen. Sodann wird geltend gemacht, daß es nicht angeht, daß in denjenigen besonders teueren Orten, in denen den Arbeitern Ueberteuerungszuschüsse gewährt wurden, die Beamten auf dem nivellierten Satz des Reichsdurchschnitts zu halten. Es wird vorgeschlagen, in solchen Orten den Beamten im Etat nachzuweisende Zulagen zu gewähren, und hinsichtlich der Feststellung dieser Zulagen dem Reichsrat oder dem Reichskabinett Vollmachten zu geben. Des weiteren wird eine Erhöhung der Kinderzulagen, die einheitliche Gestaltung derselben, die Erweiterung aller Aufbesserungen auf die Diätare, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre, die Sozialrentner der Reichsbetriebe, die Hinterbliebenen, ferner die künftige direktionale Lohnfestsetzung für Arbeiter empfohlen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zum Fall Kantorowicz.

Der außerordentliche Professor der Rechte in der Universität Freiburg veröffentlichte vor einiger Zeit in den „Basler Nachrichten" einen Artikel, mit der Ueberschrift Bismarcks Schatten. In diesem Artikel kritisierte Professor K. die Politik Bismarcks in einer Weise, die in den Kreisen der Lehrer und Studierenden der Freiburger Universität berechtigten starken Widerspruch hervorrief. Dies um so mehr, als der Artikel im Ausland veröffentlicht wurde und mit Freude von der welschen Presse aufgenommen wurde. Wir werden auf den Fall Kantorowicz der sich aus diesem Artikel entwickelte, noch mehr berichten. In diesem Artikel „Bismarcks Schatten" heißt es u. a.:

Welch eine gefährliche Begriffsverwirrung zeigte sich in diesem Sommer in weiten Kreisen des deutschen Volkes, als es am Standbild Bismarcks, der das Selbstbestimmungsrecht der Schleswiger, der Hannoveraner, der Elsaß-Lothringer nicht einmal in Erwägung gezogen hat, denen fluchte, die dieses Recht immerhin teilweise zuerkannt und geschützt haben. Man sehnt sich nach der Wiederkehr des Mannes, der Hunderttausende von Elsässern — teils deutsche, teils französische Volksgenossen — gewaltsam losriß von dem Lande ihrer einmütigen Liebe und in die Uniform des Erbfeindes steckte, und sendet gleichzeitig flammende Proteste gegen den Beschluß in die Welt, Hunderttausende von Oberschlesiern, deutscher wie polnischer Zunge, wider ihren Willen von ihrem Vaterland abzutrennen.

Zu diesen Behauptungen nimmt der Verband Elsaß-Lothringer Studentenbünde Stellung in einer Erklärung, die u. a. sagt:

„Uns Elsässer und Lothringer im Reich, die wir zum Teil durch unsere Familien seit Jahrhunderten mit dem elsässischen und dem deutschen Teile des lothringischen Volkes verbunden sind, und um unseres Deutschtums willen die Heimat verlassen haben, uns geht es an, wenn Kantorowicz in seinem für das Ausland berechneten Artikel solche Worte sagt. Der Vergewaltigung der Elsaß-Lothringer 1870 durch Bismarck stellt Professor K. gleichwertig die heutige Vergewaltigung Deutschlands durch die Entente gegenüber, beides halte sich die Wage.

Wer so etwas behaupten kann, der beweist, daß ihm die Geschichte des elsässischen und lothringischen Volkes fremd ist. Die Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens war ein alter Traum des deutschen Volkes. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat dies alte einst geraubte deutsche Volksgut zurückgefordert, gerade aus den Kreisen des Liberalismus und der Demokratie heraus kam die Forderung. Wenn also Bismarck Elsaß-Lothringen forderte, so entsprach er damit dem Willen der Nation.

Hat das deutsche Volk, das dieses der deutschen Nation durch Trug und Gewalt verloren gegangene Glied wieder zurück zu erwerben wünschte, damit eine Schuld auf sich geladen, für die es jetzt büßen muß, indem ihm Hunderttausende von Deutschen in Posen, Westpreußen, Oberschlesien abgesprochen werden zugunsten eines Volkes, das darauf nicht die geringsten moralischen und rechtlichen Ansprüche hat? Nein, die skrupellose Gewaltpolitik, die hier von Professor Kantorowicz Deutschland zur Last gelegt wird, fällt auf das Konto Frankreichs. Es war nur die Gerechtigkeit, für die ein Politiker des Rechts, wie Professor Kantorowicz, ein Verständnis haben muß, die diese einst geraubten Provinzen wieder in die Hand Deutschlands zurückgab.

Und die Elsaß-Lothringer selbst? Hatten sie nicht über ihr Schicksal zu verfügen? So meint Herr Professor Kantorowicz nun, ein Staat, der sich einem ihm entrissenen, aber zu ihm gehörigen Volkssplitter wieder einfügt, konnte diese Wiedervereinigung nicht an der Doktrin der Selbstbestimmung scheitern lassen, zumal es damals vor 50 Jahren keiner unter den Mächten einfiel, die Idee der Selbstbestimmung zum Schlüssel der Ordnung der staatlichen, nationalen Verhältnisse zu machen. Wilsonsche Ideen als Maßstab an Vorgänge zu legen, die 50 Jahre zurückliegen, ist geradezu lächerlich, und wie steht es denn heute mit der Selbstbestimmung der Völker? Die Großmächte denken nicht daran, sie in der Praxis für sich anzunehmen, nur Deutschland gegenüber hat man sie immer da zum Grundsatz erhoben, wo man glaubt, daß es zu seinen Ungunsten ausschlagen wird. Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes ist eines der Mittel in der Weiterführung des Krieges gegen Mitteleuropa.

Vor 1870 pflegten nicht wenige im Elsaß im Stillen den Gedanken an die deutsche Familie, zu der man sich rechnete, und die besten litten unter dem fortschreitenden Prozeß der Verwelschung des deutschen Stammes. In den sechziger Jahren kämpften die geistigen Führer der Elsässer und der deutschsprachigen Lothringer. Und heute, nachdem das Schicksal wieder anders über sie verfügt, ringen sie erst recht gegen einen brutalen Romanisierungswillen um die Behauptung ihres Volkstums. Wie konnten solche Elsässer und Lothringer, die abgesehen von der dünnen Schicht einer entwurzelten Bourgeoisie, in ihrer Masse kulturdeutsch bleiben wollten, trotz ihrer französischen Staatsangehörigkeit, in den Deutschen ihre „Erbfeinde" sehen? Diese Entdeckung bleibt Professor Kantorowicz vorbehalten, daß eine zu 90 Proz. deutschsprachige Bevölkerung in dem Deutschen den Erbfeind sah.

Gewiß, wir, die studierende elsaß-lothringische Jugend, die im Reiche, der eine da, der andere dort, wieder eine neue Heimat gefunden beabsichtigen nicht, eine Veränderung der heutigen politischen Gestaltung Elsaß-Lothringens zu propagieren. Was hier zu tun ist, müssen wir unsern Landsleuten drüben überlassen. Wir wollen, wie bereits zu Anfang betont, den Gedanken der Kulturgemeinschaft zwischen Deutschland und Elsaß-Lothringen pflegen. Die Elsaß-Lohringer stehen heute im Kampf um die Erhaltung ihrer deutschen Kultur. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß ein deutscher Professor den Franzosen gegen unsere Landsleute Dienste leistet.

Die Gefährdung des Oberrheins durch die französ. Kanalpläne.

Von der französischen Regierung ist den Kammern ein Gesetzentwurf betreffend die Konzessionserteilung zur Ausnützung des Gefälles auf der Rheinstrecke Basel—Kembs (15 Kilometer Länge) unterbreitet worden. Es heißt darin, daß die Arbeiten für die Kraftausbeutung auf dem obersten Teile der Rheinstrecke Basel—Straßburg vom Gesamtprojekt des Rheinseitenkanals losgelöst und als Etappe für sich selbst behandelt werden soll. Die vorstehende Nachricht scheint, wie der „Deutschen Allg. Ztg." geschrieben wird, darauf hinzudeuten, daß Frankreich durch die Inangriffnahme des ersten Bauabschnittes des Grande Canals d'Alsace der endgültigen Entscheidung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt bezüglich des Großschiffahrtsweges Straßburg—Basel zuvorzukommen wünscht. Die Zentralkommission der Rheinschiffahrt hatte sich in ihrer letzten Sitzung Anfang Dezember mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde zwar eine Entschließung hierüber angenommen, jedoch soweit dies aus den bisher vorliegenden Nachrichten hervorgeht, keine Entscheidung über den Ausbau des Oberrheins getroffen. Für die Strecke Straßburg—Basel liegen bisher drei Projekte vor: das französische, von dem hier die Rede ist, will Schiffahrt und Kraftnutzung vom eigentlichen Rheinstrom ablenken und in einen besonderen Seitenkanal auf elsässischem Gebiete, der ungefähr in 300 Meter Abstand vom Strombett verlaufen würde, verlegen. Demgegenüber steht ein Schweizer Plan, der lediglich den freien Rheinstrom regulieren will, und ein badisches Projekt, das eine Vollkanalisierung des eigentlichen Rheinlaufes mit 14 Wehren und Schleusen, die gleichzeitig der Kraftgewinnung dienen sollen, vorsieht. Wenn auch bereits im Versailler Vertrag im Artikel 358 die Ausführung des französischen Seitenkanals vorgesehen war, so wurde doch von neutraler Seite geltend gemacht, daß die internationalen Schiffahrtsinteressen, wie auch die Gesichtspunkte der Energienutzung hierbei nicht im günstigsten Sinne gewahrt werden.

Die Schwierigkeiten eines Steuerkompromisses.

Am Samstag fand eine Besprechung der Reichsregierung mit den Führern des Zentrums und der Sozialdemokratie über die schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen statt, bei der außer dem Reparationsprogramm auch die Steuervorlagen im Mittelpunkt der Erörterungen standen. Berliner Blätter meldeten am Samstag abend, daß bei dieser Besprechung ein Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits zustande gekommen sei, insofern, daß die Sozialdemokratie unter der Bedingung einer stärkeren Heranziehung der direkten Steuern vorläufig auf die „Erfassung der Sachwerte" zu verzichten bereit schiene. Wir haben diese Meldungen Sonntag früh veröffentlicht. Nun hört die Berliner Deutsche Allgemeine Zeitung aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen, daß es zumindestens sehr verfrüht ist, schon jetzt von dem „Zustandekommen" eines Steuerkompromisses reden zu wollen. Die Besprechung am Sonnabend vormittag, an der der Reichskanzler übrigens nicht teilnahm, war nur eine Erörterung zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums mit dem Reichsfinanzminister. Dabei wurden überhaupt keine Entscheidungen gefällt, sondern von der Regierung nur die Vorschläge unterbreitet und von den Parteiführern durchgesprochen, auf die die Regierung in der Steuerfrage besonderen Wert legt. Innerhalb der Koalitionsparteien sind nach wie vor noch große Schwierigkeiten zu überbrücken, um ein Steuerkompromiß überhaupt zustande zu bringen, da die Auffassungen des Zentrums und der Sozialdemokratie nicht nur hinsichtlich der „Erfassung der Sachwerte", sondern auch in der ebenso bedeutungsvollen Frage der „Wertermittlung" immer noch weit auseinandergehen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird Mittwoch nachmittag 4 Uhr zusammentreten, um zu den ganzen Steuerfragen entscheidende Stellung zu nehmen. Voraussetzung eines Kompromisses für die sozialdemokratische Fraktion ist, wie die „D. Allg. Ztg." von sozialdemokratischer Seite erfährt, ein genügendes „Ausbalancieren zwischen Verbrauchsabgaben und Besitzsteuern".

Verfünffachung der Mietssteuer.

Der Reichsrat beriet am Donnerstag der letzten Woche das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietssteuer) vom 26. Juni v. J. Das Gesetz setzte eine Abgabe von fünf Prozent des Nutzungswertes, berechnet nach der Friedensmiete, fest, die die Länder erheben sollen, während die Gemeinden mindestens ebenso viel erheben dürfen. Nunmehr hat sich nach Ansicht der Regierung die Notwendigkeit einer erheblichen Erhöhung dieser Sätze herausgestellt, noch ehe die Abgabe durchweg in den Ländern zur Erhebung gekommen ist. Nachdem man eine Zeitlang geschwankt hatte, ob man nicht bis auf hundert Prozent gehen könne, hat die Reichsregierung vorgeschlagen, die Abgabe zu verfünffachen. Die Länder sollen 25 Prozent und die Gemeinden zum mindesten ebenso viel erheben dürfen. Die Vollsitzung des Reichsrats nahm die Vorlage an. Im Zusammenhang damit wurde der Entwurf einer Bekanntmachung über Gewährung von Beihilfedarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues angenommen. Danach können die Beihilfen verdreifacht werden, die als sogenannte Ueberteuerungszuschüsse gegeben werden.

Keine Wohnungen gegen Geldzahlung.

Der Ausschuß der Berliner Stadtverordneten, der zur Vorberatung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Antrages wegen der Annahme größerer Geldbeträge für die Zuweisung von Wohnungen außer der Reihe eingesetzt worden war, hat in eingehender Verhandlung die diesem Antrag zugrundeliegenden Mißstände in der Zwangswohnungswirtschaft erörtert. Von verschiedenen Seiten wurden die zum Teil bereits bekannten Fälle derartiger Wohnungszuweisungen an kapitalkräftige Leute durch die Wohnungsämter gegen Geldzahlung zur Sprache gebracht. Der Ausschuß verurteilte ein derartiges Gebaren und nahm einstimmig folgenden Antrag an: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat der Stadt Berlin: Bevorzugungen bei der Zuweisung von Wohnungen oder von Räumen zu gewerblichen Zwecken gegen Geldzahlung sind grundsätzlich unzulässig. Ausnahmen können nur auf Beschluß der Bezirkswohnungskommission oder des Zentralwohnungsamtes gemacht werden.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Im Organisationsausschuß, der Samstag nachmittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kumbier tagte, wurde der zwischen der Verwaltung und den Gewerkschaften ausgebrochene Konflikt durch Entgegenkommen auf beiden Seiten beigelegt. In einer zweiten Besprechung des § 3 des Entwurfs zum Eisenbahnfinanzgesetz einigte man sich auf eine Formulierung, wonach die Vertreter des Personals im künftigen Verwaltungsrat entweder aktive Eisenbahnbedienstete oder Mitglieder der Eisenbahnerorganisationen sein müssen, die durch ihre Tätigkeit in diesen Organisationen Gewähr für die notwendige Sachkenntnis bieten. Durch diese Fassung wurden auch die Bedenken der Vertreter der Verwaltung zerstreut, so daß der Antrag mit allen gegen zwei Stimmen der Reichsgewerkschaft bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde. Damit war den Vertretern der Gewerkschaften der Boden für die Weiterarbeit geebnet. Der Wunsch, daß auch das Reichsverkehrsministerium als solches zu der strittig gewesenen Frage noch eine präzise Stellung einnehmen möge, wird dem Minister unterbreitet werden.

Krankmeldungen der Reichsbeamten.

Der Berliner „Deutschen Allg. Ztg." wird geschrieben: Während vor der Staatsumwälzung im November 1918 bei wohl allen Reichsbehörden jeder Beamte nur dann wegen Krankheit dem Dienste fernbleiben durfte, wenn er sogleich oder innerhalb einer Frist von 24 Stunden ein ärztliches Zeugnis vorlegte, wurde letzteres während der letzten drei Jahre erst gefordert, wenn das Fernbleiben vom Dienste die Dauer von fünf Tagen überschritt. Diese den Reichsbeamten gewährte Freiheit ist vielfach in recht unkluger Weise ausgenutzt worden, und die Zahl der Krankheitsfälle, d. h. des Fernbleibens vom Dienste bis zu höchstens fünf Tagen, ist derart gestiegen, daß jene Freiheit den Beamten nunmehr wieder entzogen worden ist. Die Folgen des allzu häufigen Fernbleibens vom Dienste haben sich natürlich auch in wirtschaftlicher Beziehung bemerkbar gemacht und das Defizit der Eisenbahn- und Postverwaltung mit ihren großen Beamtenheeren wahrlich nicht vermindert, sondern merkbar erhöht. Schon aus diesem Grunde hat die Postverwaltung soeben bestimmt,

---

Badisches Landestheater

„Die Meistersinger von Nürnberg."

Wagners herrlichste, gewaltigste Schöpfung, das Werk, das am innigsten zum Gemüte des Hörers spricht und in seiner überströmenden Fülle von Schönheit und Poesie nicht seinesgleichen hat, erfuhr am Sonntag eine stimmungsvolle, ja festliche Aufführung. Operndirektor Fritz Cortolezis schuf, von dem an diesem Abend wieder glänzend spielenden Orchester trefflich unterstützt, mit dem packend aufgebauten, zwingend gestalteten Vorspiel die rechte Stimmung für das Werk. Und er leitete es auch weiterhin mit sicherer Hand, hob alle Schönheiten der einzigartigen Partitur aus Licht und war auch den Sängern ein zuverlässiger Führer. Von den Solisten muß in erster Linie Max Büttner genannt werden. Sein Hans Sachs ist eine Leistung, die immer wieder zu höchster Bewunderung hinreißt. Erfüllt vom Zauber echter Poesie, gütig, humorvoll, überlegen — so ist Büttners Sachs eine Gestalt, so echt und wahr und groß, daß sie zum ergreifenden Erlebnis wird. Und wie das Spiel, so auch der Gesang: frisch, kraftvoll, ausdrucksreich.

Willy Zilken sang zum ersten Male hier den Stolzing. Wie Alles, was der vornehme, sympathische Künstler bisher geboten, trug auch diese neue Leistung die Zeichen echter Künstlerschaft. Bis in die letzten Verästelungen durchgearbeitet, dennoch der großen Linie nicht entratend, stellte sich der Stolzing als eine Leistung aus einem Gusse dar. Ueberzeugend betonte Zilken das Temperamentvolle, Draufgängerische des jungen Ritters; andererseits das Versonnene, Träumerische des Poeten, so z. B. bei der Traumerzählung, oder beim Preislied auf der Festwiese, das man selten in dieser trunkenen, selbstvergessenen Hingabe gesungen hört wie von Zilken. Sein prachtvoller, jeglichen Ausdruckes fähiger Tenor hielt den Anforderungen der Partie siegreich stand und klang am Schlusse noch so frisch und strahlend wie zu Beginn des Abends. Hervorragend war auch Rose Pauly als Evchen. Mit feinen, zarten Strichen zeichnete sie eine liebliche, von Anmut umflossene Gestalt der Goldschmiedstochter. Die klangvolle, außergewöhnlich schöne Stimme der Sängerin konnte sich auch in dieser Partie voll entfalten, vornehmlich im dritten Akt, wo sie das herrliche Quintett sicher und doch mit feiner Zurückhaltung führte. Eine fesselnde Gestalt, frei jeder Uebertreibung, daher glaubhaft, schuf Hans Bussard wieder als Beckmesser. Den Pogner gab mit Würde und Biederkeit Reinhard Fritz vom Stuttgarter Landestheater, dessen kräftiger, nur hier und da etwas rauher Baß der Partie gut zu statten kam. Eine ergötzliche Figur war der Kothner Rudolf Weyrauchs, der auch in dieser Rolle wieder seine prachtvolle Stimme und die Eindringlichkeit seiner Gestaltung erwies.

Auf Verpflichtung gastierte als David Hans Hauschild vom Stadttheater in Breslau. Er soll das seit Sendels Weggang verwaiste Fach des Tenorbuffo übernehmen. Der anscheinend noch sehr junge Künstler hinterließ einen zwiespältigen Eindruck. Das frische, humorvolle Spiel und der natürliche, verständige Vortrag zeugen von Intelligenz und nicht gewöhnlichem Bühnentalent. Leider ist Hauschilds Stimme für unser Haus zu schwach; der Ton klingt dünn, matt, die Höhe ist zudem nicht genügend frei. Darunter litt besonders die, übrigens mit gutem Ausdruck gesungene „Belehrung", die infolge der geringen Ausdrucksfähigkeit der Stimme auf die Dauer eintönig wirkte. (Wie fein hat gerade die Belehrung zuletzt Franz Schwerdt hier gesungen!) Mag sein, daß Hauschilds Stimme im Laufe der Zeit und bei Vervollkommnung der heute noch etwas mangelhaften Technik sich noch kräftigt; immerhin sollte man bei der Wichtigkeit des Tenorbuffo für das Opernensemble zunächst noch andere Sänger hören, ehe man eine Entscheidung trifft.

Von den übrigen Mitwirkenden sind noch die Magdalena Marie Mosel-Tomschicks, der Vogelsang Eugen Kalnbachs und der Konrad Nachtigall Josef Grötzingers, der auch den Nachtwächter gab, mit Anerkennung zu nennen.

Das sehr gut besuchte Haus war von der Vorstellung sichtlich begeistert. Es rief am Schlusse die Träger der Hauptrollen und Operndirektor Cortolezis immer wieder vor den Vorhang.

H. Wck.

*

Mitteilung des Bad. Landestheaters. In der heutigen Vorstellung Lortzings „Zar und Zimmermann" singt Franz Schwerdt den Chateauneuf und Direktor Hans Keller von Kaiserslautern die Partie des Lord Syndham. Die übrige Besetzung ist bekannt. Anfang 7 Uhr. — Außer dem bereits bekannt gegebenen Gastspiel des Herrn Prof. Franz Schreker am Freitag, den 20. in seiner Oper „Der Schatzgräber" findet am Sonntag, den 22. eine Wiederholung von Bizets „Carmen" statt. Den Don José singt erstmalig Willy Zilken, den Escamillo Max Büttner.

In Vorbereitung befindet sich die Uraufführung der neuen Oper „Liebesmacht" von Alfred Lorentz, Textdichtung von Rudolf Lothar, die für Sonntag, den 29. ds. in Aussicht genommen ist.

Theater und Musik

Das Badische Konservatorium für Musik veranstaltete am Sonntag morgen im kleinen Festhallesaal seine zweite Morgenaufführung für die Jugend, deren Vortragsfolge ausschließlich Bach gewidmet war. Mit einer Klavier-Violin-Sonate (E-Dur) leiteten Dr. Brückner (Geige) und Dora Matthes schwungvoll, anregend und für ihren weiteren guten Verlauf bürgend, die Veranstaltung ein, innerhalb dessen in Vertretung einer erkrankten Künstlerin Brückner noch in einem Konzert für zwei Violinen und Klavier mitwirkte, sowie in der bekannten Pfingstarie „Mein gläubig Herze". In ersterem war ihm Partner auf der Geige sein Schüler Ulrich Schmid, Sohn von Prof. H. K. Schmid, ein Geiger, der sein Instrument bereits mit aller wünschenswerten Selbständigkeit und technischen Geschmeidigkeit zu führen weiß; in der Arie sekundierte Brückner dem Gesang von Paula Köbele; hier wirkte am Klavier die bestens bekannte Mathilde Roth mit Geschmack und Sicherheit, während den Klavierpart im Konzert für zwei Geigen Karl Kottermeier ansprechend führte. Mathilde Roth hingegen begleitete noch Else Buchert zu drei Liedern aus dem Notenbuch der Anna Magdalena Bach. Wie Paula Köbele, sang auch Else Buchert vornehm und dem Charakter des Vorgetragenen angemessen. Mit den schönsten Eindruck vermittelten dann die abschließend gebrachten zwei a capella-Chöre, die von Mädchen und Knaben gesungen wurden. Der Leiter Heinrich Casimir hat sich damit einer lohnenden und erzieherisch höchst dankbaren Aufgabe unterstellt, deren schöner Erfolg hier trefflich zum Ausdruck kam und für deren dauerndes Gelingen und Fortschreiten seine hervorragende Kraft auf dem Gebiete bürgt. Namentlich dem überraschend großen Kontingent an jugendlichen Zuhörern in dem vollbesetzten Saal dürfte diese anmutige Darbietung anregendsten Eindruck gemacht haben. Jedenfalls sind diese Veranstaltungen für die Jugend aufs dankbarste zu begrüßen. ch.

„Die Mondscheindame" in Berlin. Die seinerzeit am Badischen Landestheater zur Uraufführung gelangte Operette „Die Mondscheindame" von Alfred Lorentz, Kapellmeister am Badischen Landestheater, ist jetzt in Berlin am dortigen Walhallatheater bei glänzender Aufmachung zum ersten Male gegeben worden. Die Operette erzielte einen großen Erfolg.

Wilhelm v. Scholz gibt seine Stellung als erster Dramaturg und Spielleiter am Württembergischen Landestheater in Stuttgart, die er seit 1914 innehatte, mit Schluß dieser Spielzeit auf, um sich ganz seinem dichterischen Schaffen zu widmen. Er beabsichtigt daneben noch als Gastregisseur tätig zu sein, gelegentlich in seinen Dramen aufzutreten und Vorlesungen zu halten.

Kunst und Wissenschaft

Die Universität Heidelberg hat den Chemieprofessor Geheimrat Dr. Karl Engler in Karlsruhe anläßlich seines 80. Geburtstages zum Ehrendoktor ernannt.

Von der Universität Freiburg i. B. Die Zahl der Studierenden an der Universität Freiburg i. B. beträgt in diesem Wintersemester 2746 gegen 3109 im Wintersemester 1920/21. Die Zahl der weiblichen Studierenden (290) macht 12 Prozent der Gesamtstudentenzahl aus. Vom Ausland ist unter den Besuchern die Schweiz am stärksten vertreten; es folgen dann Bulgarien, Rumänien und Ungarn.

Auffindung eines Mitras-Altars. Im Keller eines Hauses in Bingen wurde bei Grabungen ein prachtvoller Mitras-Altar zu Tage gefördert. Der Steinaltar trägt auf der Vorderseite ein ausgehauenes Mitrasbild, von dem leider Kopf und Gesicht zerstört sind. Jedoch ist die bezeichnende siebenzackige Sonnenkrone erhalten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

daß fortan wegen Krankheit dienstunfähige Beamte auf Verlangen über die Notwendigkeit ihres Fernbleibens vom Dienste ein ärztliches Zeugnis binnen 48 Stunden nach ihrem Dienstaustritte vorzulegen haben. Ja es kann sofortige Beibringung dieses Zeugnisses in Anspruch genommen werden, wenn dies beim Vorliegen besonderer Umstände in Einzelfällen geboten erscheint. Man hofft, mit dieser Aenderung der Dienstvorschriften das für Vertretungszwecke bisher erforderliche Hilfspersonal wesentlich verringern zu können.

Die Politik des Zentrums.

Die Zentrumspartei hält in diesen Tagen ihren Reichsparteitag in Berlin ab. Bei der Bedeutung des Zentrums für das politische Leben Deutschlands findet der Parteitag in allen politischen Kreisen jedesmal größte Beachtung. Wenn auch die eigentliche Politik der Parteien nicht in den allgemeinen Versammlungen der Parteitage festgelegt wird, so bieten die Reden der Parteiführer mit den anschließenden Debatten doch jedesmal Gelegenheit, wertvolle Schlüsse auf die augenblicklichen Strömungen innerhalb einer Partei zu ziehen. Auch das Zentrum führt einen ständigen Kampf innerhalb der Partei. Wie in jeder Partei sind auch im Zentrum Gegensätze vorhanden. Die Tatsache, daß Zentrumsblätter in letzter Zeit verschiedentlich in langen Ausführungen die Frage besprachen, ob das heutige Zentrum noch das alte Zentrum von ehedem sei, oder anders gesagt, ob das heutige Zentrum seinen alten Grundsätzen nicht untreu geworden sei, beweist, daß innerhalb des Zentrums Auffassungen bestehen, die für ein Zurück zu alten Grundsätzen eintreten. Man mag sich zum Zentrum stellen wie man will, eines kann man ihm nicht versagen, die Bewunderung für das Geschick seiner Führer, die mit einer unvergleichlichen Taktik den Gegensätzen in der Partei die Gefahren nehmen.

Der diesjährige Reichsparteitag wurde, wie schon kurz berichtet, am Samstag nachmittag mit einer Tagung des Augustinusvereins, einer Vereinigung für die katholische Presse, eingeleitet. Am Sonntag vormittag begannen im Sitzungssaal des Reichstags die eigentlichen Verhandlungen des Reichsparteitags. Zu Vorsitzenden wurden Dr. Porsch und Dr. Marx gewählt. In ausführlichen Darlegungen sprach zunächst

Arbeitsminister Dr. Brauns

über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Er behandelte zunächst die außenpolitische Lage, die er als sehr günstig bezeichnete, trotz aller Ereignisse der letzten Wochen. Deutschland sei immer noch Gegenstand der Weltpolitik aller übrigen Völker, es sei noch nicht selbst Träger weltpolitischer Entwicklungen. Die bisherige Wirthsche Erfüllungspolitik verteidigte Dr. Brauns mit den Worten: Die Einstellung unserer Außenpolitik auf die Durchführung des Londoner Ultimatums bis zu den Grenzen des Möglichen sei richtig gewesen. Das Zustandekommen der Konferenz von Cannes sei ein Lichtblick. Deutschland müsse jetzt eine Politik der Geduld und der Mäßigung betreiben. Das Zentrum sage nicht, wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, aber es unterscheide zwischen nationalem und nationalistischem Denken. Dr. Brauns setzt Hoffnungen auf die Weltwirtschaftskonferenz in Genua.

Zur inneren Politik übergehend erklärte Dr. Brauns u. a.: Das Zentrum habe keinen Anlaß, vom Achtstundentag abzugehen. Durch Steuern allein könnten die Forderungen der Gegner nicht erfüllt werden. Die Frage der Erfassung der Sachwerte sei immer noch scharf umstritten. Nun wendet sich der Reichsarbeitsminister an den von links beeinflußten Flügel des Zentrums mit den Worten, das Zentrum sei bereit, den Volkskreisen, die immer für Erfassung der Sachwerte eintreten, nach Möglichkeit entgegenzukommen. Der Staat habe unter gewissen Umständen das Recht, in das Vermögen einzugreifen, aber dieser Eingriff habe seine Grenzen, er müsse zeitlich begrenzt sein und dürfe nur der tatsächlichen Gesundung unserer Wirtschaft dienen. Das Entgegenkommen, von dem der Redner sprach, scheint in der von Dr. Brauns geäußerten Meinung zu liegen, daß durch Ausgestaltung der Besitzsteuern unter Einbeziehung des Notopfers eine Lösung sich finden lasse. Eine Wiedergesundung des Reiches, so fuhr Dr. Brauns nach dem Bericht der „Frkf. Ztg." fort, sei nur möglich durch Stärkung der Staatsautorität, besonders im Reiche selbst. Jetzt fänden dann und wann Gegensätze und Kämpfe zwischen Staat und Wirtschaftsorganisationen statt. Das Zentrum verkenne die Bedeutung der Wirtschaftsorganisationen für das Reich keineswegs (zielt auf Kreditaktion der Industrie), aber die führenden Männer der Wirtschaft dürften die Bedeutung eines starken Staates und einer selbständigen Regierung nicht übersehen. Es sei unbedingt nötig, daß unsere wirtschaftlichen Organisationen bei ihren unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit staatlichen Behörden mehr Rücksicht nehmen, denn der Staat sei kein bloßes Wirtschaftsinstrument. Ganz vorsichtig wandte sich der Herr Reichsarbeitsminister in diesen Worten auch an gewisse Arbeitnehmerorganisationen. Er hätte etwas deutlicher werden dürfen.

Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers fanden starken Beifall.

In der Aussprache griff ein Redner die Reichspostverwaltung an; er könne es sich nicht erklären, wie der Reichspostminister eine derartige Wirtschaft verantworten könne.

Minister Graf aus Stuttgart wies auf gefährliche Formen hin, die der Vereinheitlichungsgedanke annehme. Eine Redner aus Konstanz bedauert, daß aus den eigenen Reihen des Zentrums an der Koalitionspolitik vielfach zersetzende Kritik geübt werde.

Der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach sprach u. a. über die Koalitionspolitik; er meinte: Wenn man von einer Koalition spricht, so denkt man hauptsächlich an die Verbreiterung der Regierung durch Angehörige der Deutschen Volkspartei. Eine Koalition wird von uns nicht unter allen Umständen gesucht. Sie darf uns nicht Elemente zuführen, die anstatt tätiger Mitarbeit nur Sabotage an der Arbeit der Regierung verüben wollen. Eine Verbreiterung der Koalition ist nur möglich mit Leuten, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen!

Reichsernährungsminister und stellvertretender Finanzminister Hermes sprach über Landwirtschafts- und Steuerfragen. Ob man das Umlageverfahren auch im kommenden Wirtschaftsjahre beibehalten werde, lasse sich heute unmöglich voraussagen. Was die Steuerfrage betreffe, so müsse man offen aussprechen, daß der Steuerverwaltungsapparat im Reiche nicht richtig funktioniere. Gerade die Kreise der Linken, die darüber klagten, daß zunächst nur die Lohnempfänger belastet würden, müßten dafür Verständnis haben, daß es an der Zeit sei, mit neuen Steuergesetzen aufzuhören und ein gesundes Verhältnis zwischen Steuergesetzgebung und Steuerapparat zu schaffen.

Zum Schluß wurde einstimmig eine

Entschließung

angenommen, in der es heißt:

Der Reichsparteitag spricht der Parteileitung und der Fraktion des Reichstags sein vollstes Vertrauen aus. In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt er sich rückhaltlos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik. Der Reichsparteitag ist ferner überzeugt, daß unsere Finanzpolitik energisch weitergeführt werden muß unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gerechten Lastenverteilung und praktischen Durchführbarkeit. Der Reichsparteitag erblickt in der entschiedenen Abweisung einseitiger politischer Richtungen der Rechten und der Linken, die unser Vaterland nicht zur Ruhe kommen lassen, das Gebot der Stunde.

Eine Stresemann-Rede in München.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in München sprach am Sonntagabend Dr. Stresemann. Er kam zunächst auf die auswärtige Politik zu sprechen und meinte, das Programm von Cannes, teilweise Ersetzung der Barzahlungen durch Warenlieferungen, sei ebenso wenig erfüllbar wie das Ultimatum von London. Das von England aufgestellte Programm von Cannes habe das Ziel, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten. Von seinen innerpolitischen Ausführungen erregte besonderes Aufsehen der Hinweis auf die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, sagte Stresemann, habe wichtigen Anteil an der Wiederherstellung der Ordnung, es sei deshalb ein Irrtum, diese Teile, die bereit seien, am Wiederaufbau mitzuarbeiten, zurückzustoßen. Die deutsche Zukunft sei ohne eine große deutsche Volksgemeinschaft undenkbar. Die Bildung eines Rechtsblockes würde sofort die Bildung einer proletarischen Einheitsfront zur Folge haben. Die vaterländische Gesinnung erfordere es, daß der Streit um die Staatsform, um die Frage ob Republik oder Monarchie ruhe. Das heutige parlamentarische System sei nur eine Karikatur der Idee des Parlamentarismus. Wenn es dem Reichskanzler Wirth nicht gelinge, eine Einigung über die neuen Steuern herbeizuführen, so müsse er von seinem Amte zurücktreten und durch Neuwahlen zum Reichstag an das Volk appellieren.

Aus der Deutschen Volkspartei Württembergs.

t. **Stuttgart**, 16. Jan. Auf dem gestern hier abgehaltenen Vertretertag der Deutschen Volkspartei Württembergs sprach Landesvorsitzender Abg. Bickes über die politische Lage im Reich und bemerkte, wenn in der kurzen Frist von 14 Tagen von der deutschen Regierung die Vorlage eines Zahlungsprogramms bezw. eines Reform- und Garantieplans über den deutschen Haushalt und den Papiergeldumlauf gefordert werde, so werde man auch zur Erledigung der Steuergesetzgebung gezwungen sein. Ob hierbei eine Verständigung im Reichstag zustandekommen könne, sei mindestens sehr fraglich, da die Mehrheitssozialdemokratie scharf nach links gegangen sei. Die Deutsche Volkspartei werde sich bei dem Ruf nach der großen Koalition im Reich einer Zusammenarbeit mit allen aufbauwilligen Kräften nicht entziehen, sofern eine Formel gefunden werde, die diese Mitarbeit ihr auch möglich mache. Es wurde eine Erklärung angenommen, in der u. a. die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in der Angelegenheit der Schuldfrage in ihren Bemühungen nicht nachlassen wird, die württembergische Regierung an ihre Pflicht in dieser Sache zu mahnen, um die Aufrollung dieser Kernfrage der deutschen Politik zu erzielen. Zurückgewiesen wurde die kürzlich von dem Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei im Reich getane Aeußerung, die Flaggenagitation sei ein nationales Geschwätz. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit lasse sich die ruhmreichen Farben nicht nehmen.

Badische Politik

Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei.

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei war am Sonntag in Karlsruhe versammelt. Die Sitzung war aus allen Landesteilen sehr gut besucht. Ein eingehendes Referat des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Abg. Dr. Glockner über den Zusammentritt des Landtags und die Bildung der badischen Regierung leitete die Verhandlungen ein. Der Redner legte den Standpunkt der Landtagsfraktion dar, den er ausführlich begründete. An seine Darlegungen schloß sich eine kurze Aussprache, aus der sich ergab, daß der Landesausschuß einmütig die Haltung der Landtagsfraktion, insbesondere auch die Beteiligung an der Regierung gutheißt. Dieses Ergebnis wurde in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt:

„Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Haltung der Landtagsfraktion und spricht ihr, sowie dem von ihr gestellten Minister sein Vertrauen aus."

Im Anschluß daran dankte der Leiter der Sitzung, Rechtsanwalt und Stadtrat Wilhelm Frey (Karlsruhe) Herrn Minister Hummel für die Uebernahme des Amtes des Staatspräsidenten und sprach ihm unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Glückwünsche des Landesausschusses aus. Es folgte ein Bericht des Reichstagsabg. Dr. L. Haas über die politische Lage im Reich. Der Redner ging aus von den bedeutsamen Ereignissen auf außenpolitischem Gebiet, die die Reichsregierung veranlassen müßten, den bisherigen Weg weiter zu gehen. Auch die Frage der Erledigung der Steuern und der Ordnung des Reichshaushaltes müsse unter außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Für die Erweiterung der Regierungskoaliton nach rechts bestehe zur Zeit wenig Aussicht, so wünschenswert auch der Beitritt der Deutschen Volkspartei sei. Der Antrag der Rechtsparteien wegen der Handelsflagge sei ein Verstoß gegen die Reichsverfassung gewesen. Die Lage der Deutschen Demokratischen Partei sei nach wie vor schwierig; aber das Vaterland brauche die Partei als Partei der Verfassung und als Partei des Staates gegenüber den Bestrebungen der einzelnen Berufsorganisationen, in die Rechte des Staates einzugreifen.

In einer sehr angeregten Aussprache wurden noch eine Reihe wichtiger Gesichtspunkte herausgestellt, insbesondere wurde von verschiedenen Rednern auf die kritische Finanzlage der Gemeinden hingewiesen; man begrüßte es lebhaft, daß die deutsche demokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation in dieser Frage angebracht habe, die demnächst zur Behandlung kommt. Mit Dankesworten an die beiden Berichterstatter und mit der Feststellung, daß der Landesausschuß der Partei geschlossen hinter der von den Führern in Land und Reich vertretenen Politik stehe, schloß der stellvertretende Parteivorsitzende Wilhelm Frey, Karlsruhe, die Sitzung.

*

Die Differenzen, die zwischen zwei der Deutschen Demokratischen Partei nahestehenden Zeitungen Oberbadens entstanden sind und in die der Reichstagsabg. Dietrich hineingezogen worden ist, bildeten den Gegenstand einer Besprechung im Geschäftsführenden Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei am Samstag, 14. Januar. Der Parteivorstand wurde beauftragt, die Angelegenheit zu klären und wird voraussichtlich in kurzer Frist in der Lage sein, zu den angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen. Sofern in diesem Streit bezüglich der „Konstanzer Zeitung" behauptet wurde, daß sie im Begriffe sei, ihre bisherige demokratische Politik aufzugeben, kann festgestellt werden, daß diese Meldung richtig ist.

Der angebliche Geheimbundprozeß in Freiburg.

w. **Freiburg**, 16. Jan. Durch einige Blätter gehen Mitteilungen, daß am 2. Februar vor dem Landgericht Freiburg die Verhandlungen in dem Geheimbundprozeß gegen die Leiter und Mitglieder der sogenannten Geheimbundorganisation C beginnen werden, die den Mord an Erzberger angestiftet und durchgeführt haben sollen. Wie die „Freiburger Zeitung" zuverlässig mitteilen kann, ist am Freiburger Landgericht hiervon nichts bekannt. Die Verhandlungen dürften vermutlich in München, als dem Sitz der Organisation, stattfinden.

Aus der bad. Bauernvereinsorganisation.

Vom 9. bis 11. Januar fand in Donaueschingen ein Buchführungskursus für Rechner und Vorstände der Bad. Bauernvereinsorganisation statt. Im Laufe des Kursus, der vom Landesrevisor Klingenfeld geleitet wurde, wurden auch Vorträge über Organisation des Bauernstandes, sowie über Genossenschaftswesen abgehalten. Aehnliche Kurse sollen zur Förderung des genossenschaftlichen Aufbaues in der nächsten Zeit in verschiedenen Bezirken veranstaltet werden.

Am Dreikönigstag wandelte sich auch der Bauernverein in Menningen (Amt Meßkirch) in eine Bezugs-Absatz-Genossenschaft um. Somit haben alle 23 Vereine dieses Bezirkes mit ihren mehr als 1500 Mitgliedern die genossenschaftliche Rechtsform angenommen.

Bunte Chronik.

Der verdächtige Klosterkeller. In Begleitung deutscher Polizeibeamten erschienen zwei Mitglieder der Ententekommission an der Klosterpforte des Klosters in Füssen und verlangten Einblick in die Kellerräume, um da ein angebliches Waffenlager auszuheben. Nachdem die Kellerräume sämtlich durchsucht waren, ohne daß etwas zu finden war, zogen die Ententeleute ab.

Was hat Cannes gekostet? Die Kosten der Konferenz von Cannes werden auf annähernd 6 Millionen Franken berechnet. 500 000 Worte sind durch das Telegraphenamt befördert.

Schule und Kirche

t. **Freiburg**, 16. Jan. Nach Anordnung des Erzb. Ordinariats wird die Firmung im Jahre 1922 in den Dekanaten Ottersweier, Offenburg, Lahr, Endingen, Neustadt, Villingen, Triberg und Stühlingen und in den Städten Konstanz und Baden-Baden gespendet werden.

t. **Radolfzell**, 16. Jan. P. Suitbert Krämer in Beuron wurde als erzbischöflicher Orgelbau- und Glockeninspektor für den Bezirk Konstanz (umfassend die Dekanate Engen, Geisingen, Hegau, Klettgau, Konstanz, Linzgau, Meßkirch, Stockach, Stühlingen und Villingen) aufgestellt.

Anschläge der Gottesdienstordnung in den Bahnhöfen. Bei dem überaus starken Wanderbetrieb der Bevölkerung in Stadt und Land hat das Erzb. Ordinariat angeregt, die Gottesdienstordnung der Pfarreien und Filialen einer bestimmten Gegend auf den Bahnhöfen und an den Kirchentüren nach Art der Fahrpläne anzuschlagen. Die Eisenbahngeneraldirektion in Karlsruhe hat zu einem solchen Anschlag der Gottesdienstordnung grundsätzlich ihr Einverständnis gegeben.

Katholische kirchliche Feste. Nach einem Dekret der Ritenkongregation wird das Fest der hl. Familie von Nazareth in Zukunft am Sonntag in der Dreikönigsoktav, St. Gabriel am 24. März, St. Irenäus am 28. Juni und St. Raphael am 24. Oktober gefeiert. Die Einführung dieser Feste in der Diözese Freiburg erfolgt im Jahre 1923.

Sport-Spiel

Gautag der badischen Schwimmer.

t. **Baden-Baden**, 16. Jan. Am Samstag und Sonntag fand hier der Gautag der Badischen Schwimmer statt, der gut besucht war. Die Gauvorstandssitzung beschäftigte sich am Samstag mit internen Vereinsangelegenheiten und die Sonntagvormittagssitzung war der Berichterstattung und den Anträgen gewidmet. Hierbei wurde beschlossen, eine Neueinteilung folgender Bezirke zu treffen: 1. Bezirk Südbaden, umfassend das Gebiet vom Bodensee bis zur Schutter (Vertreter Dr. Stühmer in Freiburg); 2. Bezirk Mittelbaden, umfassend das Gebiet nördlich der Pfinz (Vertreterwahl bleibt der Initiative des Schriftführers Koch in Heidelberg bezw. der von ihm einzuberufenden Kreisversammlung vorbehalten). 4. Die Bezirke arbeiten selbständig unter Fühlungnahme mit dem Gauvorstand und werden von einem Bezirksvertreter geleitet. Dem Bezirksausschuß gehören ferner ein Bezirksschwimmwart und ein Schriftwart und ein Werbeleiter an. Die weiteren Punkte beziehen sich auf die Wahl der Bezirksvertreter. Ferner wird bestimmt, daß die Bezirke jährlich ein Bezirksschwimmen für die Vereine des Bezirks veranstalten. Die Bezirke haben die Pflicht, jährlich mindestens einen Lehrkurs zur Ausbildung von Kampfrichtern, Schwimmwarten und Riegenführern abzuhalten. Im weiteren Verlauf des Gautags fanden Vorträge von Dr. Stühmer-Freiburg und Redakteur R. Volderauer-Karlsruhe statt. Nach dem später erstatteten Rechenschaftsbericht stehen den Einnahmen von 17 664 ℳ Ausgaben in Höhe von rund 13 693 ℳ gegenüber. Das Gauvermögen betrug Ende 1921 rund 4461 Mark. Als Ort des Gautags für 1922 meldete sich Durlach, als solcher des Gausestes wurde Offenburg angenommen. Erwähnenswert wäre noch ein Schreiben des Reichsministeriums des Innern, das die Sportvereine unterstützt, in ihrem Bestreben, um die Verlustigung der Badegelegenheiten nicht nachzulassen.

Tagesanzeiger.

Dienstag, den 17. Januar 1922.

Landestheater. Jar und Zimmermann. 7 Uhr.
Konzerthaus. Kabale und Liebe. 7 Uhr.
Vierjahreszeiten. Lieder-Abend Wetzbecher. 7½ Uhr.
Colosseum. Neuer Varieté-Spielplan.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.
Kirchlich-liberale Vereinigung. Vortragsabend im Krokodil. 8 Uhr.

Briefkasten

M. Sch. am See. Unter Einsendung von 50 Pfg. für die Nummer nebst Drucksachenporto bei den Geschäftsstellen der Zeitungen erheben. Ob diese über den Maler berichtet haben, können wir nicht feststellen. Das „Karlsruher Tagblatt" hat jene jüngst ausgestellten Bilder in Nr. 331/1921 gewürdigt.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Montag, den 16. Januar 1922. 18 Uhr morgens M.-E.-Z.

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	750,5	−8	OSO	mäßig	halbbed.	1
Danzig	756,8	−5	O	leicht	Schnee	0,5
Berlin	752,7	−10	SO	leicht	neblig	1
Frankfurt	747,6	−7	SO	schwach	Schnee	0,5
München	750,0	−9	S	leicht	halbbed.	0
Kopenhag.	754,2	−1	NSO	schwach	neblig	7
Stockholm.	761,5	−4	NO	mäßig	Schnee	2
Haparanda	776,0	−23	N	schwach	heiter	0
Skudenes	750,0	0	SO	stark	wolkig	0
Valentia	745,4	−4	NW	frisch	bedeckt	3
Paris	—	—	—	—	—	—
Toulouse	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[00]

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	−6	−3	−10	O	leicht	Schnee	—
Königstuhl Seehöhe 563 m							
747,6	−9	−5	−11	SO	mäßig	bedeckt	—
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
746,5	−3	−1	−7	SSO	leicht	Schnee	2
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
746,4	−4	−2	−8	NO	leicht	bedeckt	—
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	−7	−4	−12	—	—	bedeckt	—
Villingen Seehöhe 712 m							
748,7	−7	−4	−16	S	mäßig	Schnee	32
Feldberg (Schw. Seehöhe 1281 m							
634,5	−3	−5	−13	SSW	schwach	Schnee	3

Allgemeine Witterungsübersicht.

Ueber den britischen Inseln ist ein Tiefdruckgebiet erschienen, das sich infolge der nordöstlichen Lage des hohen Druckes in der Richtung auf das Mittelmeer ausbreitet. Es bringt in ganz Süddeutschland ausgedehnte Schneefälle und Fortdauer des Frostes bei östlichen Luftströmungen. — Einen Witterungswechsel wird das Tiefdruckgebiet nicht bringen, doch sind weitere Schneefälle zu erwarten.

Wetteraussichten für Dienstag, den 17. Jan.: Fortdauer des Frostes, weitere Schneefälle, meist östliche Winde.

Schneeberichte.

Feldberg: 95 Ztm., pulv. Schnee, min. 6 Gr., schwacher SW., Schneefall, Wintersport gut.
Villingen: 12 Ztm., vereister Schnee, min. 7 Gr., mäßiger S., Schneefall.
Königstuhl: 6 Ztm., dichter Schnee, minus 9 Gr., mäßiger SO., bedeckt.
Herrenalb: 20 Ztm. (10 Ztm. pulv. Neuschnee), min. 2 Gr., anh. Schneefall, Ski- und Rodelsport gut.
Baden-Baden: 6 Ztm., pulv. Schnee, minus 4 Gr., leichter NO., bedeckt.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	16. Jan.		15. Jan.
Schusterinsel	1,41 m		1,41 m
Kehl	2,49 m		2,79 m
Maxau	4,55 m		4,90 m
	— m	mittags 12 Uhr	4,81 m
	— m	abends 6 Uhr	4,73 m
Mannheim	3,85 m		4,39 m

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Aus dem Stadtkreise

Von der städtischen Preisprüfungsstelle wird geschrieben: Auch die vergangene Wirtschaftswoche stand unter dem Zeichen wachsender Teuerung. Der Fachausschuß der Preisprüfungsstelle für Fleischversorgung hatte sich in seiner Sitzung am 12. ds. Mts. mit der von der Metzger-Innung beantragten Erhöhung der Preise für Fleisch und Wurstwaren zu befassen, nachdem bereits die Nachbarstädte mit Preiserhöhungen vorausgegangen waren. Die Erhöhung der Preise rechtfertigt sich durch die beträchtlich gestiegenen Schlachtviehpreise, die gesteigerten Preise für die Materialien, die erhöhte Umsatzsteuer, andererseits durch den Rückgang der Preise für Häute und Felle. Metzger und Verbraucherschaft einigten sich auf einer mittleren Linie. Erfreulicherweise wird als Ersatz für das teuere Ochsen- und Rindfleisch von der Metzger-Innung Gefrierfleisch zum Preise von 12,80 Mk. das Pfund zum Verkauf gebracht; da dieses von vorzüglicher Güte ist, so wird den Verbrauchern empfohlen, ausgiebigen Gebrauch davon zu machen.

Auch der Fachausschuß für allgemeine Lebensmittel, Marktwaren, Obst und Gemüse mußte für eine Anzahl Gemüsesorten höhere Richtpreise feststellen. Es kosten: Feldsalat 3 Mk., Gelbe Rüben 1,40 Mk., Rosenkohl 3,50 Mk., Sellerie 1,80 Mk., Spinat 1,50 Mk., Wirsing 1,40 Mk. Kabeljau kosteten 11,50 Mk. ab Wasser. Der Preis für Eier hat die Höhe von 5 Mk. erreicht und zieht steigernd an. Die Kartoffeln fehlten in der vergangenen Woche auf dem Markte gänzlich. Auf Seite der Erzeugervertretung herrscht die Meinung, daß die Landwirte vor eingetretenem Frühjahr kaum zu bewegen sind, ihre Mieten zu öffnen und der städtischen Bevölkerung Kartoffeln zukommen zu lassen. Auch die Belieferung mit Frischgemüse war gleich Null. Von Verbraucherseite wurde bitter darüber geklagt, daß durch Versagen der städtischen Preisprüfungsstelle und Marktüberwachung in Mannheim und Pforzheim die Preistreiberei auf dem dortigen Wochen- und Lebensmittelmarkt bedenkliche Formen annehme und die Waren vom Karlsruher Markte wegziehe. In Mannheim werden ungerügt für Feldsalat bereits 6 Mk. und mehr das Pfund gefordert und bezahlt, und es ist selbstverständlich, daß wuchernde Händler und Landwirte mit ihren Waren dorthin wandern, wo sie die höchsten Preise herausschlagen können. Dieser wilden Preistreiberei kann nur durch das gemeinsame Zusammenwirken und Handinhandarbeiten der örtlichen Preisprüfungsstellen Einhalt geboten werden. Es wurde daher von allen Seiten angeregt, daß, wie während des Krieges, die Städte Mannheim und Heidelberg zum Zwecke der Prüfung und Feststellung der Preise für Obst und Gemüse gemeinsame Sitzungen abhalten und zur Ueberwachung der festgestellten und vereinbarten Preise gemeinsame Maßnahmen treffen.

Die Ueberdruckmarken 0,60 Mk., 3 Mk., 5 und 10 Mk. verlieren mit Ablauf des 20. Januars ihre Gültigkeit. Die in den Händen des Publikums befindlichen Stücke können bis Ende Januar gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden. Die Postverwaltung ist aus Sicherheitsgründen zu dieser Maßregel gezwungen.

„Kurzer Führer" durch Karlsruhe. Nachdem der Verkehrsverein vor einigen Monaten einen großen neuen Führer durch Karlsruhe mit Stadtplan herausgegeben hat, ist von ihm nunmehr ein von Professor Dr. Oestering bearbeiteter „Kurzer Führer" herausgegeben worden, der als erste Einführung in die Karlsruher Verhältnisse dienen soll und die für den Fremden zunächst wichtigsten nötigen Auskünfte enthält. Der Führer soll durch den Automaten im Hauptbahnhof an die hier ankommenden Fremden abgegeben werden. Er ist ferner zu 1 Mk. in der Hauptauskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 158, in der Zweigauskunftsstelle, Bahnhofsplatz 6, und im Kiosk am Hotel Germania erhältlich. Der „Große Führer" (mit Stadtplan), Preis 6 Mk., bietet nach wie vor die erschöpfendste Einführung in die Sehenswürdigkeiten, Vorzüge und Annehmlichkeiten von Karlsruhe.

Chronik der Vereine.

Der Bürgerverein der Oststadt feierte am Sonntag in den Sälen der Gesellschaft „Eintracht" sein 25. Stiftungsfest. Den Hauptteil der Feier bildete ein in allen Teilen wohlgelungenes Festkonzert. Das Hausorchester des Karlsruher Liederkranz trug zu Beginn die „Martha"-Ouverture vor und erfreute durch die schwungvolle und präzise Wiedergabe. Hierauf sprach Fräulein Liesel Bühler mit warmen Worten einen Prolog, der für rechte Feststimmung sorgte. Später hatte man Gelegenheit, die Leistungen des Orchesters beim Vortrag von zwei lyrischen Stücken von Meyer-Helmund und am Schluß beim Hochzeitsmarsch aus „Sommernachtstraum" zu bewundern. Eine Serenade für Flöte, Cello, Fagott und Klavier von Till trug den Vortragenden Herren Gothe, Philippson, Kling und Beiler herzlichen Beifall ein. Das Gesangsquartett „Rheingold" bewies in Männerchören von Mozart, Bastyr, Silcher, Abt und Wohlgemuth von neuem seine Leistungsfähigkeit. Um die Leitung machten sich Herr Franz Batzler und Herr Wilh. Hofmann verdient, welch letzterer wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Dirigenten den ersten Chor übernommen hatte. Frau Roßbach-Dietrich, die mit ihrer gutgeschulten kräftigen Sopranstimme einige Lieder zu Gehör brachte, verriet wieder ihre bestbekannte Künstlerschaft. Besonderer Erwähnung bedürfen „Verborgenheit" von Wolf, „Liebesfeier" von Weingartner und „Frühlingsahnen", eine Komposition von Hans Beiler, die von feinem künstlerischem Empfinden zeugt und eine Wiedergabe fand, für die der Komponist, der selbst die Begleitung übernommen hatte, sichtlich erfreut der Sängerin herzlich danken konnte. Die D-Dur-Sonate von Mozart und drei Spanische Tänze von Mrskowski für Klavier vierhändig wurden von Fräulein Else Bodfeld und Herrn Hans Beiler meisterhaft vorgetragen, und beide Künstler ernteten warmen Beifall. Hans Beiler, den wir erst vor wenigen Tagen als Dirigenten des Männerchors und gemischten Chors des Karlsruher Liederkranz bestens kennen lernten, bewährte sich diesmal als Leiter des Orchesters und feinfühliger Begleiter am Klavier. Nach dem Konzert nahm der 1. Vorsitzende, Architekt Carl Beiler, das Wort und dankte allen denen, die in irgend einer Weise zum Gelingen des Festes beitrugen. Dann überreichte er namens des Vorstandes den Mitgliedern, die seit der Gründung dem Verein angehören, künstlerisch ausgeführte Gedenk-Urkunden und schloß, nachdem er zu reger Weiterbetätigkeit ermahnt hatte, mit einem Hoch auf die fernere Entwicklung des Bürgervereins. Stadtrat Rupp überbrachte die Glückwünsche der Stadt Karlsruhe, Graveur Klett gratulierte namens der Bürgervereine der übrigen Stadtteile, und Fabrikant Fuchs dankte namens der Geehrten mit einem Rückblick auf den Werdegang des Vereins und mit den besten Wünschen für die Zukunft. Der 2. Vorsitzende, Kaufmann Ludwig Bühler, überreichte alsdann an Architekt Beiler sowie den unermüdlichen Kassier, Steuersekretär Otto Lange, als Anerkennung für ihre Leistungen im Dienste des Vereins namens des Gesamtvorstandes wertvolle Geschenke, für die sich die Bedachten in warmen Worten bedankten. Der anschließende Festball hielt jung und alt fröhlich beisammen. Le.

Veranstaltungen.

Der „Karlsruher Hausfrauenbund" veranstaltet am Mittwoch, 18. Januar, im „Schlößle", Ritterstraße 7, seinen bekannten Teemittag mit einem Vortrage von Frau Dr. Marie Baum über den Entwurf des neuen Hausgehilfengesetzes. Viele Hausfrauen wissen noch nicht, daß seit der Revolution das frühere „Gesindegesetz" aufgehoben ist und daß seit dieser Zeit kein Rechtsschutz besteht zwischen Hausangestellten und Arbeitgebern. Das neue Hausgehilfengesetz wird schon seit einiger Zeit in den verschiedenen Arbeitsministerien bearbeitet, um demnächst dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt zu werden. Es dürfte daher im Interesse unserer Hausfrauen liegen, etwas Näheres über diesen Regierungsentwurf zu hören. Frau Dr. Baum hat sich bereit erklärt, einen Vortrag zu übernehmen. Es darf daher wohl erwartet werden, daß der Teemittag mit dem interessanten Vortrage sich eines recht zahlreichen Besuches seitens der Hausfrauen erfreut.

Gelegentlich der 100jährigen Unionsfeier der badischen evang. Kirchen vor zwei Monaten hatte die hiesige evang. Gemeinde Gelegenheit, den besten gelehrten Kenner der neuen badischen Kirchengeschichte, Professor D. Bauer aus Heidelberg als Festredner in der Stadtkirche kennen zu lernen. Heute ist wieder Gelegenheit geboten, Prof. Bauer zu hören; er wird in der Kirchlich-liberalen Vereinigung über „Gottesdienstliches Leben in der unierten bad. Landeskirche" sprechen. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Nummer.

Kirchenkonzert des Leipziger Solquartetts. Heute Dienstag wird sich wieder das berühmte Leipziger Solquartett in der Christuskirche (abends 8 Uhr) hören lassen. Dieses Quartett wird nicht nur einen hohen künstlerischen Genuß darbieten, sondern auch durch die das Programm enthaltenden Lieder und Kompositionen der berühmtesten Meister älterer und neuerer Zeit über „die christl. Festzeiten" das deutsche Kirchenlied mit seiner zarten Innigkeit und wundersamen Tiefe und doch zugleich voll stärkster religiöser Kraft den Hörern lieb und teuer machen. Die Kirche ist geheizt.

Loewe-Abend. Heute Dienstag findet, abends 7½ Uhr, im Vierjahreszeiten-Saal der wiederholt angekündigte Lieder- und Balladenabend Otto Weßbechers statt, in dem ausschließlich Gesänge von Karl Loewe zum Vortrag gelangen. Am Flügel: Hugo Rahner. Es sind noch Karten in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt und an der Abendkasse zu haben.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 16. Jan.: Lorenz Wurth von Griesheim, Hilfsarbeiter hier, mit Theresia Klingler von Ettenheim; Albert Kindler von Rastatt, Hausmeister allda, mit Karolina Föry von Rauental.

Geburten. 9. Jan.: Berta Wilhelmine, Vater Karl Specht, Kraftdroschkenbesitzer; Richard Josef, Vater Stef. Volk, Parkettbodenleger. — 11. Jan.: Karl Hermann, Vater Karl Kohl, Heizer; Ingeborg Gertrud Klara, Vater Karl Knörr, Bürogeh.; Mathilde Ella, Vater Alb. Spöhrle, Maschinenarbeiter; Ernst Hieronymus, Vater Ant. Braun, Landwirt. — 12. Jan.: Willi Karl Josef, Vater Stefan Hog, Lokomotivführer; Werner Ernst, Vater Ernst Kunst, Verw.-Inspektor.

Todesfälle. 13. Jan.: Frieda Hammer, alt 51 Jahre, Witwe von Johann Hammer, Fabrikarbeiter. — 14. Jan.: Luise Schrotz, alt 41 Jahre, Ehefrau von Friedch. Schrotz, Lokomotivführer; Magdal. Steiner, ohne Beruf, ledig, alt 18 Jahre; Susanna Fechter, Privat, ledig, alt 84 Jahre; Hedwig Gehrlein, Dienstmädchen, ledig, alt 22 Jahre. — 15. Jan.: Josefa Böder, alt 60 Jahre, Witwe von Konrad Böder, Eisendreher. — Kath. Harbrecht, alt 46 Jahre, Witwe von Franz Harbrecht, Eisenbahn-Oberschaffner.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, 17. Jan.: 2 Uhr: Magdalena Steiner, Lokomotivführerstochter, Marienstr. 54. — ½3 Uhr: Luise Schrotz, Lokomotivführers-Ehefrau, Werderstr. 51. — 3 Uhr: Josefa Böder, Eisendrehers-Witwe, Schützenstraße 67.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe,** 16. Jan. Heute vormittag 9 Uhr begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kirsch die Verhandlung gegen den wegen

erschwerter Amtsunterschlagung

angeklagten verheirateten Marktmeister Josef Schneller aus Colmar, wohnhaft in Pforzheim, für die eine Woche vorgesehen ist. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Moericke; die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Marum und Steinel-Pforzheim. Zu der Verhandlung sind 95 Zeugen und 4 Sachverständige geladen.

Nach Auslosung und Vereidigung der Geschworenen sowie Aufrufung und Ermahnung der Zeugen, von denen zum ersten Verhandlungstag 23 erschienen waren, wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten.

Die Anklageschrift wirft dem Angeklagten Schneller vor, daß er sich in fortgesetzter Tat in den Jahren 1919 und 1920 Gelder in Gesamthöhe von mindestens 60 000 ℳ, die er in seiner Eigenschaft als Beamter empfangen hat, rechtswidrig zugeeignet und in Beziehung zur Unterschlagung Bücher falsch geführt, unrichtige Belege und Abschlüsse vorgelegt, ferner Abrechnungen und Quittungsstücke unterdrückt habe.

Ueber die Verhältnisse befragt, führte der am 28. Dezember 1875 in Colmar geborene Angeklagte aus, daß er am 1. Januar 1908 bei der Stadt Pforzheim als Marktmeister in Dienst trat. Bei seinem Dienstantritt will Schneller ziemlich unsolide Verhältnisse vorgefunden haben, die der Aenderung bedurften. Eigenmächtige Handlungen habe er nicht vorgenommen.

Durch die Aussage des Sachverständigen, Gefängnisarztes Dr. Warth, der Angaben über den Geisteszustand des Angeklagten zu machen hatte, wurde festgestellt, daß Schneller zur Zeit der Begehung der ihm zur Last gelegten Tat nicht an irgend welcher geistigen Erkrankung gelitten habe. Im übrigen verfüge der Angeklagte über auffallend gute Kenntnisse.

Hierauf folgten längere Erörterungen über die Dienst- und Gehaltsverhältnisse des Angeklagten Schneller.

Nachdem von seiten der Verteidigung die Frage angeregt worden war, wieviel der Umsatz der durch die Hände des Angeklaten laufenden Geschäfte betragen habe, wird von Schneller geantwortet, daß der Umsatz etwa 1 Million in der Zeit von 1919/20 betrug. Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß man heute noch nicht wisse, wo die 60 000 ℳ hingekommen seien, erwiderte Schneller, daß er sich keine Unterschlagung habe zuschulden kommen lassen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden dann jeweils zu jedem einzelnen Punkt die Zeugen vernommen.

Wie die ersten drei Zeugen, so führte auch der Zeuge Gilliard aus, daß der Angeklagte Schneller ein tüchtiger Beamter gewesen sei, aber sich allmählich Eigenmächtigkeiten herausgenommen habe, um seine Position zu heben. So wollte Schneller nach Beendigung des Krieges, während dessen er eingezogen und als Leutnant a. D. entlassen worden war, das Einziehen der Verbrauchssteuergelder sowie auch andere Geschäfte an sich reißen. Insbesondere machte der Angeklagte stets dem Rechnungsamt Schwierigkeiten.

Schneller stellte hierauf energisch in Abrede, sich um die Einziehung der Verbrauchssteuergelder bemüht oder irgendwelche Geschäfte an sich gerissen zu haben und warf dem Zeugen Voreingenommenheit vor.

Während sich ein anderer Zeuge über die reichlich vorhandene Arbeit ausspricht, führt die Zeugin Bott aus, daß sie stets ihre Oktroi-Einnahmen an die Stadtkasse abgeliefert habe und nie an den Marktmeister.

Der Zeuge Strobel, damals Bürgermeister von Pforzheim gibt an, daß er niemals mit Schneller Urlaubsstreitigkeiten gehabt habe, wie dieser es darzustellen versuchte; im Gegenteil. Er sah den Angeklagten eines Tages während seines Urlaubs auf einer Verladerampe. Auf sein Befragen hin erklärte ihm Schneller, er gehe nicht aus der Stadt hinaus.

Gegen halb 2 Uhr trat eine Mittagspause ein.

Gegen 4 Uhr wurde in der Vernehmung der Zeugen fortgefahren, dabei wurde in die Behandlung der einzelnen von der Stadt Pforzheim getätigten Käufe eingetreten. An erster Stelle standen Erdbeerverkäufe aus dem Jahre 1919. Hierüber gab der Angeklagte folgende Schilderung:

Als mir die Leitung des Verkaufs der Erdbeeren übertragen war, mußte ich mir zunächst auf dem Arbeitsamt Leute zur Verrichtung der Arbeiten holen. Auf Quittungs- und Durchschreibeblocks wurde den Käufern der Preis ausgerechnet und auf Grund dieses Verfahrens wurde dann die Abrechnungsliste hergestellt. Der Endbetrag dieser Abrechnungsliste wurde mir dann übergeben. Nachdem ich mich von der Uebereinstimmung des abgelieferten Betrages mit dem auf der Abrechnungsliste angegebenen Betrage überzeugt hatte, quittierte ich den Abrechnungsbogen. Das Gewicht der Körbe wurde später, beim Zurückbringen derselben, vergütet. Zur Auszahlung dieser Tarabeträge gab ich einer Gehilfin eine gewisse Vorschußsumme. Ueber das Gewicht der Ware, die in den Waggons verladen war, war ich nicht informiert. Die Quittungsblocks sind, weil sie nicht gebraucht wurden, vernichtet worden.

Der Fehlbetrag von 1.31 ℳ (eine Mark 31 Pfg.), der bei der ersten Abrechnung entstanden war, wird nach Vernehmung der Sachverständigen als Rechenfehler erklärt. Auch der Staatsanwalt erkennt die Möglichkeit eines Rechenfehlers an. Beim zweiten Fehlbetrag handelt es sich um 498 ℳ.

Der Zeuge Spindler, der dem Angeklagten das Geld ablieferte, nahm es auf seinen Eid, Heller und Pfennig abgeliefert zu haben. Schneller führte gegen die Person Spindlers ins Feld, daß dieser schon früher gegen ihn intrigiert habe.

Ferner wurde dem Schneller zur Last gelegt, bei einem Quantum Kirschen das Pfund zu 1.40 ℳ verkauft zu haben, während er aber nur 65 Pfg. ablieferte. Der Angeklagte erwidert, daß es unmöglich gewesen sei, einen Preis von 1.40 ℳ zu fordern, weil der Höchstpreis 75 Pfg. wär. Von den vernommenen Zeugen konnte sich keiner mehr der Preise erinnern, die er im Jahre 1919 für die von der Stadt gelieferten Kirschen bezahlt hatte. Bei den weiteren Punkten handelte es sich um einen Betrag von 1510.40 ℳ. Hier entspann sich ein Rededuell zwischen Angeklagtem und Sachverständigen. Nachdem der Vorsitzende den Geschworenen die Einzelheiten dieses Falles erklärt hatte, wurde die Verhandlung gegen 8 Uhr abgebrochen. Fortsetzung Dienstag um 9 Uhr.

MAGGI's Suppen

Qualitätsware!

in den beliebten Sorten Erbs, Reis, Kartoffel, Erbs mit Speck, Reis-Julienne, Ochsenschwanz usw. wieder überall zu haben.

Man achte auf den Namen MAGGI und die gelbrote Packung.

— Kurze Kochzeit. —

Frisiersalon — Yorkstrasse 2 — Wir empfehlen uns den verehrten Damen und Herren der Weststadt. Erstklassige Bedienung. Höft und Doll.

Runkeln 200—300 Ztr. à 35 Mark. Kartoffeln früh zur Saat 39—40 Ztr. Hafer 8—10 Ztr. à 310.— abzugeben am Platze. Zu erfragen Kaiserstraße 9, I.

Paßbilder liefern billigst Samson & Co., photogr. Atelier Kaiser-Passage 7.

Schuhwaren große Auswahl offeriert billig J. Silbermann Kriegstr. 80.

Heidelberg, seine Natur und sein geschichtliches Leben von Franz Schneider. Nr. 13 der Heimatflugblätter „Vom Bodensee zum Main" herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat. 72 Seiten mit 84 Abbildungen. Preis Mk. 8.50. Von kundiger Führerhand geleitet, überschauen wir das Werden und Sichentwickeln der uns so lieben Kunst- und Naturdenkmäler Heidelbergs, der Stadt, des über ihr thronenden Schlosses, der zauberhaften Landschaft am Neckar. Eine Fülle wertvoller, in den Text eingefügter, häufig ganzseitiger Federzeichnungen wird allerorts Freude machen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. Karlsruhe (Baden), Ritterstraße 1.

Achtung! Ungefähr 5000 Ztr. Tannenes Stockholz ab Station Unterreichenbach O. A. Calw zu verkaufen. Angebote an Wilhelm Mast, Holzhändler, Unterreichenbach.

Der neue Post-Tarif — Sonderabdruck aus dem „Karlsruher Tagblatt" — ist auf Karton gedruckt in neuer Auflage erschienen und zum Preise von 2 Mark das Stück in unserer Geschäftsstelle, Ritterstraße 1, zu haben. Karlsruher Tagblatt.

Jalousie-, Rolladen-Fabrikation. Reparatur - Werkstätte. W. Bäuerle Rüppurrerstraße 20.

Sämtliche Farben, Lacke etc. Malerartikel empfiehlt Farbenhaus Waldstr. 15, b. Colosseum.

Herkules-Zaun aus gepreßten Stahlblechstäben. Billig, präsentabel, leicht, widerstandsfähig. Fig. 5. Fig. 3. Ferner Spezialität: Fußkratzeisen, Baumschoner, Automaten, Sensenhalter bester Konstruktion, Emailschilder jeder Größe, Emailwandplatt. Sparkochöfchen, Stahlrute, Metall u. Grauguß. Prospekte P 12. gratis. Theodor Bergmann, Gaggenau

Gift-Weizen best. Mäuse-Vertilgungsmittel, in Packungen von 100 gr Mk. 3.50, 1 Kilo Mk. 22.— ℳ liefert U. V. A. Friedr. Springer Karlsruhe i. B., Markgrafenstraße 52 Telephon 3263.

Brennholz liefert Holz- u. Kohlenhandlung Jakob Finkelstein, Rintheimerstraße 10. Tel. 2875 und 510.

Wir übernehmen Dreh-, Bohr-, Fräs- und Stanzarbeiten sowie Reparaturen v. Elektromotoren und Maschinen jeder Art. Kamag G. m. b. H. Karlsruhe (Bad.) Telephon 420. Karlstr. 24.

Die Ermordung der Bürgermeister Busse und Werner vor Gericht.

Erster Tag.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

H. G. Heidelberg, 16. Jan.

Ein Verbrechen, das die Gemüter in Baden und in ganz Deutschland, besonders aber in Heidelberg und Umgebung aufs äußerste erregte, beschäftigt jetzt das Schwurgericht Heidelberg. Diese Erregung kommt auch äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß an den Zugängen zum Verhandlungsort, dem Amtsgericht, das Publikum Spalier bildet. Man hat natürlich in einer Gegend wie Heidelberg ein großes Interesse daran, daß eine Tat, die derart ungünstig auf die Verkehrssicherheit einwirkte, geklärt und geahndet wird.

Der erste Fall der Schwurgerichtssession befaßt sich mit dem sogenannten Bürgermeistermord bei Heidelberg. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Weindel, die Anklagebehörde vertreten: Oberstaatsanwalt Dr. Sebold und Staatsanwalt Dr. Mickel, Verteidiger ist Rechtsanwalt Karg (Offizialverteidiger).

U. a. ist Generalstaatsanwalt Schlimm von Karlsruhe anwesend.

Der Saal ist von Presse, die überaus anerkennenswerter Weise Plätze und Schreibgelegenheit zugewiesen erhielt, und vom Publikum dicht besetzt. Selbstverständlich konnte die Oeffentlichkeit nur dadurch berücksichtigt werden, daß man Karten ausgab, die jedoch nur jeweils für einen Tag gelten. Die Presse unterliegt naturgemäß dieser Begrenzung nicht. Eine große Reihe von Schaulustigen konnte keinen Platz finden. Die Wand hinter den Richtern ist mit Situationsplänen bedeckt. Vor dem Richtertisch und auf diesem sieht man die große Menge von Gegenständen, die der Angeklagte Siefert an sich gebracht hat. Der Vorsitzende, ein energischer und gewandter Verhandlungsleiter, nimmt nach der Auslosung die Belehrung der Geschworenen vor.

Dann wird in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten. Dieser macht einen recht intelligenten Eindruck; das Gesicht ist scharf profiliert, Schnurrbart gestutzt. Es ist ihm anscheinend um einen guten Eindruck zu tun; er rückt wiederholt seine Krawatte, die über einem Sporthemd liegt, zurecht und verfolgt, offenbar mit einem ganz bestimmten Entschluß den Gang der Verhandlung. Die notwendigen Formalitäten begleitet er öfter mit einem Lächeln gespielter Ueberlegenheit.

Auf Befragen des Präsidenten gibt der Angeklagte an, er heiße Leonhard Siefert und sei am 19. September 1897 zu Olfen (Hessen) geboren. Er ist ledig, von Beruf Schmied und bisher unbestraft. Nach dem Eröffnungsbeschluß wird dem Angeklagten vorgeworfen, daß er zunächst am 6. Mai 1920 in einem Prozeß wegen Fahrraddiebstahls einen Meineid geleistet hat und daß er am 29. April 1921 auf der Landstraße Leimen mit einem Militärkarabiner den Ingenieur Franz Link in den Rücken schoß, in der Absicht, ihn zu töten (versuchter Raubmord). Der Angeschossene hatte aber seinerzeit noch die Kraft, mit seinem Motorrade dem sicheren Verderben zu entgehen. Das Hauptverbrechen ist jedoch die mutmaßliche Täterschaft des Raubmordes an Bürgermeister Wilhelm Busse von Herford und Bürgermeister a. D. Werner, der in Heidelberg wohnte. Nach der Anklage ist die Tat zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags am 29. Juni 1921 oberhalb des Kümmelbacherhofes verübt worden. Es wird angenommen, daß Siefert zuerst den Bürgermeister Busse erschoß, dann dem Bürgermeister Werner 60 bis 70 Schritte nacheilte und ihn durch Kolbenschläge auf den Schädel tötete. Der dem Werner nachgesandte Schuß soll fehlgegangen sein.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, erklärte der Angeklagte mit fester Stimme: Ich bestreite alles. Weiter sagt Siefert aus, sein Vater sei 1905, seine Mutter im März 1921 gestorben. Er habe die Volksschule besucht und sei mit Ausnahme des Rechtschreibens, seiner Meinung nach, kein schlechter Schüler gewesen. 1911—14 kam er in die Lehre zu einem Schmied. Am 11. März 1916 wurde er zum 2. Ers.-Btl. Inf.-Regt. 117 in Darmstadt eingezogen. Er kam dann im Herbst ins Feld, später nach Spaa in ein Genesungsheim. Auch hat er sich eine Geschlechtskrankheit zugezogen. Beim Militär war er ein guter Schütze; er hat auch einen Schießpreis erhalten. Vorübergehend beim Res.-Inf.-Rgt. 88 kam Siefert zu den Fliegern, zu welcher Truppe er sich freiwillig gemeldet hatte, und zwar im Sommer 1918 zur Ers.-Abt. 9 in Darmstadt. Bei der Entlassung nahm der Angeklagte seinen Karabiner mit. Im Januar 1919 war er zunächst einige Zeit in seinem Beruf tätig. Er suchte bei der Hauptwerkstätte in Schwetzingen und dann in Heidelberg anzukommen, was ihm auch gelang. Hier war er in der Zeit von 1919—21 in Arbeit. Wohnung hatte er bei der Witwe Kratzmüller in Ziegelhausen.

Der ganze Vormittag vergeht mit der Erörterung der Meineidsache, in der der Angeklagte auch alles bestreitet. Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß Siefert zivilrechtlich nicht und militärisch nur gering bestraft ist. Im Krieg erwarb er sich das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

Dann beginnt die Zeugenvernehmung, die sich vorerst nur mit dem Meineidsfall befaßt. Allerdings werden hier schon Streiflichter über das Vorleben des Angeklagten bemerkt. Während dieser Verhandlung wird das Lächeln des Angeklagten zu einem frechen Grinsen, da er sieht, wie sich die Zeugen teilweise mit dem Gesetz in Konflikt bringen und die Schlingen, die er ihnen gelegt hat, sich ihnen um den Hals legen. Es zeigt sich aber auch, daß die Brutalität Sieferts groß genug war, um die Angeklagten so einzuschüchtern, daß ihr gesetzwidriges Verhalten vor Gericht etwas verständlich wird.

Zeuge Correl, Altbürgermeister u. Schmied in Ziegelhausen, äußert sich über das Vorleben des Angeklagten, der bekundet, daß er anfangs fleißig und strebsam war. Nach einiger Zeit seien im Geschäft aber unliebsame Dinge vorgekommen. Bei Siefert habe man ein Werkzeug zum Aufbrechen gefunden, was bei dem Zeugen Mißtrauen aufkeimen ließ. Des weiteren seien kleinere Diebstähle festzustellen gewesen, die auf Konto des Angeklagten kommen. Auch ein abgesägter Karabiner war gefunden worden. Siefert sei selten kräftig und gewandt gewesen.

Betriebswerkmeister Friedrich Lang äußert sich über die Führung des Angeklagten in der Betriebswerkstätte Heidelberg. Nachteiliges sei nicht bekannt. Auch hier stellte sich heraus, daß Siefert einige Gegenstände im Besitz hatte, die von seiner Arbeitsstätte herrührten. Bedeutsam sind die Aussagen des Zeugen über die Urlaubstage, die Siefert erhielt. Siefert hatte 1921 im April verschiedene Tage Urlaub (am 29. April ereignete sich der Raubmordversuch an Link), ferner ab 1. Mai einige Tage und im Juni am 27., 28. und 29. (Mord an den Bürgermeistern). Der Urlaub war Siefert zunächst verweigert worden, weil er schon häufiger gehabt hatte. Siefert ging an die verschiedenen Instanzen, die sich untereinander verständigten. Der Angeklagte gab vor, er müsse zum Besuch eines kranken Bruders einige Tage weg. Er erhielt dann die erwähnten drei Tage; am 29., also letzten Tage seines Urlaubes, ereignete sich das Verbrechen. Die aus der Werkstätte entschwundenen Gegenstände sind nach Angabe des Angeklagten defekt gewesen. Er hat das Abfallkupfer gesammelt und verkauft.

Der Zeuge Johann Breitenstein gerät in den Verdacht der Anstiftung zum Meineid und bleibt unvereidigt. Er schrieb einen anonymen Brief, um den Verdacht auf Siefert zu lenken, obwohl er gegen Geld den Angeklagten spielte. Aus Furcht vor der Rache Sieferts habe er die Wahrheit nicht gesagt. Auch der Bruder des vorigen, will aus Furcht vor Siefert nicht mit der Wahrheit herausgerückt sein. Siefert habe gedroht, ihn aus dem Wege zu räumen. In seiner Werkstatt wurde ein Karabiner umgearbeitet. Siefert wollte diesen so ändern, wie einen, den er zum Wildern benutzte.

Es entspinnt sich eine Kontroverse wegen der Vereidigung der beiden Zeugen Breitenstein.

Das Gericht beschließt, die Zeugen nicht zu vereidigen. Um ½1 Uhr tritt eine Pause ein.

Die Nachmittagssitzung sollte Aufschluß über den Leumund des Angeklagten und die Motive zur Tat bringen. Siefert gibt an, daß er seit Dezember 1920 bei der Familie Kratzmüller, die eine Wirtschaft in Ziegelhausen betreibt, wohnt. Sein Verdienst belief sich auf etwa 1000 Mk. monatlich. Er will das Geld nur für seinen Lebensunterhalt ausgegeben haben. Extravaganzen habe er nicht gehabt. Bei der Familie Kratzmüller hatte er zuletzt 70 Mk. für Kost und Logis zu bezahlen. Der Vorsitzende meint, da müsse er doch noch Geld übrig gehabt haben. Der Angeklagte erklärt, er habe dauernd Hunger und habe bei der schweren Arbeit sich etwas gönnen müssen. So sei er allerdings in Rückstand mit der Bezahlung bei seinen Logisleuten gekommen. Schließlich habe er Schulden in Höhe von 1700 bis 1800 Mk. gehabt. Vors.: Die haben Sie gedrückt? — Angeklagter: Absolut nicht. Siefert meint, die hätte er nach und nach schon abverdient. Dann hatte er noch Schulden bei einem Freund in Höhe von 500 Mk., bei einem andern von 100 Mk.

Daß der Angeklagte, wie der Vorsitzende charakterisiert, sich auf merkwürdige Weise Geld zu verschaffen suchte, beweise seine Urkundenfälschung, die Siefert zugibt. Auf eine Anzeige hin sei er mit einem Agenten in Verbindung gekommen, der ihm wohl einen Vorschuß von 95 Mark abgenommen, aber kein Geld beschafft habe. Die Allg. Verwertungsgesellschaft in Chemnitz, an die er sich wandte, habe ihm ein Formular übersandt, auf dem er die Unterschrift für die Bürgschaftsübernahme mit dem Namen seines Freundes Jung fälschte. Siefert erhielt aber trotzdem kein Geld. Er wollte 2000—3000 Mark. Seine Absicht sei jedoch gewesen, alles zurückzubezahlen. Er täuschte vor, daß er ein Vermögen von 9000 Mk. zu erwarten habe. Vors.: Wollten Sie im Juni (Monat der Mordtat) nicht eine Erbschaft antreten? — Angekl.: Davon weiß ich nichts. Auf eine Anzeige „Reiche Heirat" hat Siefert ebenfalls geschrieben und 100 Mk. Vorschuß gezahlt. Sonst ist dabei nichts herausgekommen. Wohl sei er auf dem Pfandhaus ständiger Besucher gewesen, er habe die Sachen aber immer eingelöst. Der Vorsitzende stellt fest, daß jetzt noch einige Sachen dort sind. Bei den vielen Ausflügen, die er gemacht habe, seien keine größeren Ausgaben gemacht worden. Bei Erörterung der verschiedenen Liebschaften betont der Angeklagte, daß er den Mädchen keine Geschenke gemacht habe. Zu einigen Zeugen hat er geäußert: „Entweder werde ich ein reicher Mann oder ich gehe zugrunde."

Dann wird die Zeugenvernehmung über die vorgesehenen Punkte begonnen.

Frau Helene Kratzmüller, die Wirtin des Angeklagten, eine biedere Frau, die anfänglich etwas verwirrt ist, dann aber öfter vor Rührung kaum weiter sprechen kann, sagt aus, sie habe den Angeklagten als einen anständigen Menschen kennen gelernt und ihn wie ein eigen Kind gehalten. Wenn sie aber gewußt hätte, daß es so ausging, dann hätte sie ihn nicht behalten. Sie würde niemals auf Zahlung gedrängt haben, „denn wir glaubten einen braven Menschen im Haus zu haben". Als er von der Beerdigung seiner Mutter kam, sagte er, daß er geerbt habe. Er habe seine Mutter noch lebend angetroffen, und es hätte noch alles geregelt werden können. Zwei Tage nach der Beerdigung habe er aber getanzt, weswegen ihm die Zeugin Vorhalte gemacht habe. Der Frau Kratzmüller war Siefert 590 Mk. schuldig.

Die Zeugin Berta Kratzmüller, eine 24jährige Tochter der vorherigen Zeugin, bestätigt, daß die Schulden des Angeklagten etwa 1800 Mark betragen haben. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt sie, daß sie im Schranke des Siefert keinen Karabiner gesehen habe.

Zeuge Hermann Pecht aus Neckargemünd, ein Freund von Siefert, erklärt, daß es in dem Verein „Fidelia", in dem er und Siefert Mitglied waren, anständig zugegangen sei. Der Angeklagte schuldete ihm 520 Mk. Zwei Tage vor der Verhaftung Sieferts erhielt der Zeuge sein Geld zurück. Siefert soll ihm gegenüber einmal geäußert haben, wenn er einmal zu Geld komme, dann erhielte er sein Guthaben zurück. Am Tage der Mordtat will der Zeuge den Angeklagten Siefert an der Kirche in Ziegelhausen gesehen haben. Näheres kann er nicht angeben.

Der Angeklagte wendet ein, es sei richtig, er habe in der Wirtschaft gegenüber seiner Wohnung an dem erwähnten Tage getanzt. Er hätte das aber nicht getan, wenn ihn nicht die kleinere Tochter der Frau Kratzmüller darum gebeten hätte.

Zeuge Konrad Kratzmüller, Ziegelhausen, der ebenfalls mit Siefert verkehrte, gibt an, daß dieser wenig Geld ausgegeben habe. Auch dieser Zeuge hat zwei oder drei Tage vor der Verhaftung des Siefert den geliehenen Betrag zurückbekommen.

Der Zeuge Wilhelm Jung sagt aus, Siefert sei als Kollege geschätzt worden. Jung sollte für ihn Bürge sein, das konnte er aber nicht. Siefert wollte seine Schulden los werden. 14 Tage danach sagte Siefert plötzlich, er hätte seine Schulden bezahlt. Er habe Geld von der Gesellschaft bekommen. (Diese Aussage hat sich nach der zugegebenen Urkundenfälschung als falsch erwiesen.)

Der Zeuge Gutfleisch bekundet, Siefert habe ihm erklärt, daß er eine Erbschaft gemacht habe und sich Sachen kaufen wolle. Montags habe er gewöhnlich kein Geld mehr gehabt. Er ließ sich dann von Frau Kratzmüller Zigaretten geben, die er dann auf der Werkstätte ohne Gewinn verkaufte, um wenigstens etwas Geld zu erlangen. Im Widerspruch zu den anderen Zeugenaussagen steht die des Zeugen, daß Siefert, wenn er Geld gehabt habe, den Kavalier spielte. Als er von der Verhaftung des Siefert hörte, wollte er nicht glauben, daß dieser der Täter sei und äußerte: „Dann bringen sie die Wahrheit nicht heraus." Auf die Frage des Vorsitzenden erläuterte der Zeuge seinen Ausspruch dahin, daß er das annahm, weil Siefert einen verschlossenen Charakter habe. Weiter äußert er, daß Siefert recht viel Energie aufbringe. Schließlich meint er, wenn Siefert die Tat begangen hätte, dann dürfte seine Geldverlegenheit die Ursache sein.

Die Zeugin Elsa Haas hatte ein Verhältnis mit Siefert von 1919—1920. Siefert habe ein einwandfreies Leben geführt. Das Verhältnis wurde von den Eltern wegen der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses nicht mehr geduldet. Sie hätten gemeinsam Spaziergänge auch am oberen Auweg gemacht, wo der Angeklagte nie hingekommen sein will.

Im Eifer gebraucht der Angeklagte bei der Abwehr einmal die Wendung „Mordstelle".

Die Zeugin Luise Weiß von Ziegelhausen hat den Angeklagten am 1. Mai 1921 kennen gelernt. Am 27. Juni, zwei Tage vor der Mordtat, erhielt sie eine Ansichtskarte, auf der er ihr seinen Besuch ankündigte, um ihr mündlich etwas mitzuteilen. Am 19. Juni hat die Zeugin den Angeklagten zum letztenmal gesehen. Er äußerte ihr gegenüber, er wolle verreisen. Auch diese Zeugin schildert Siefert als solide.

Die Zeugin Johanna Engler von Ziegelhausen hat Siefert acht Tage vor der Mordtat kennen gelernt. Sie machte mit ihm, da ihre Herrschaft nicht anwesend war, ausgedehnte Spaziergänge. Sie weiß nichts Ungünstiges auszusagen.

Als dem Angeklagten verschiedene Diebereien aus seiner Jugendzeit vorgeworfen werden, weist er diese entweder mit Entschiedenheit zurück oder führt sie auf kindliche Streiche zurück, die auch bei anderen vorkämen.

Ein Kriminalkommissar aus Darmstadt macht die Angabe, es sei nicht sicher festzustellen, ob der bei der Tat benützte Karabiner vom Truppenteil Sieferts in Darmstadt stamme. Ein anderer Zeuge versichert, die Nummer des Karabiners stimme mit der des in Darmstadt gebrauchten Karabiners überein.

Damit ist die Verhandlung für heute beendet; sie wird am Dienstag vormittag fortgesetzt.

Aus Baden

t. **Busenbach** bei Ettlingen, 16. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Ortsvorstand Schwab mit erheblicher Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Liedolsheim, 16. Jan. Bei der am 7. Januar stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Bolz einstimmig zum drittenmal wiedergewählt.

t. **Pforzheim**, 16. Jan. Der Badische Verband für Frauenbestrebungen hielt gestern hier seine Delegierten-Tagung ab, in der u. a. Regierungsrätin Frau Dr. Baum-Karlsruhe über die Aufgaben der Frau im öffentlichen Leben sprach. Die Rednerin betonte, Frauenbewegung heiße heute viel mehr als etwa Kampf um bessere Erwerbsmöglichkeiten; die Frau unserer Tage wolle als vollgültiges Glied der Gesamtheit dienen. In den zwei Jahren nach der Revolution habe sich die Frau noch nicht in die völlig neuen Pflichten einleben können. Die Rednerin forderte, daß sich die Frauen mehr in den Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden betätigen. Ein Arbeitsfeld ersten Ranges biete sich der Frauenwelt in den städtischen Verwaltungen. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In einer Aussprache wurde auf eine lebhaftere ehrenamtliche Wohlfahrtstätigkeit der jungen Mädchen hingewiesen.

Eppingen, 16. Jan. Da die zweite Amtsperiode des seitherigen Bürgermeisters Wirth abgelaufen ist, findet demnächst Neuwahl statt.

t. **Sinsheim**, 16. Jan. Die Ermittelungen der Staatsanwaltschaft in dem Raubüberfall auf den Bahnwart Wanner und seine Familie am Freitag abend haben bis jetzt nicht zur Ergreifung der Täter geführt. Allem Anschein nach wollten die beiden Täter, durch den von ihnen verursachten Brand des Schuppens die Bahnwartsleute aus ihrem Häuschen herauslocken, sie töten und dann in das Haus eindringen, um zu rauben.

t. **Ladenburg** b. Mannheim, 16. Jan. Der Bau des Neckarkanals ist für die Gemeinde Ladenburg von ganz besonderer Bedeutung. In einer besonderen Sitzung des Gemeinderats mit Vertretern der Industrie und der Nachbarstädte wurde mitgeteilt, daß für Ladenburg ein sehr umfangreiches Industriegelände erschlossen wird. Alle kapitalkräftigen Kreise sollen sich an einer Gesellschaft beteiligen, die den Bau und Betrieb einer Güterumschlagstelle am Neckarkanal hier übernehmen soll, für den Uebergang von Gütern, die auf dem Wasserweg ankommen und auf Anschluß gleich umgeladen werden sollen.

t. **Boxtal** (Amt Wertheim), 16. Jan. Der verheiratete Kriegsteilnehmer Franz Joseph Hauck wurde beim Holzfällen von einer Fichte getroffen und getötet.

Offenburg, 16. Jan. Die Frau des Kaufmanns Joseph Weber in Oensbach lebte mit ihrem Mann in fortgesetzten Streitigkeiten. Bei einem ehelichen Zwist im Sommer vorigen Jahres verletzte die Frau durch Unachtsamkeit ihren Mann mit einem Messer am Halse schwer. Sie unternahm nichts, um ihren Mann zu retten, so daß dieser starb. Die Offenburger Strafkammer verurteilte die Frau jetzt zu 4 Monaten Gefängnis.

t. **Offenburg**, 16. Jan. Beim Rodeln auf der Brandeck ist ein hiesiges Fräulein schwer verunglückt; sie erlitt einen doppelten Beinbruch.

t. **Durbach** bei Offenburg, 16. Jan. Am Sonntag fand hier eine vom Landesverband der Klein- und Obstbrenner einberufene Versammlung der Abfindungsbrenner statt. Von dem Referenten Keßler aus Oberachern wurde ausgeführt, daß die Abfindungsbrennereien eine typisch badische Erscheinung sind; von 37 000 Abfindungsbrennereien sind 27 000 in Baden. Der Referent betonte, wer die Abfindungsbrennereien abschaffen wolle (was durch das Branntweinmonopolgesetz geschehen soll) untergrabe den Obstbau. An dem Schwarzbrennen sei die Regierung zum großen Teil selbst schuld, zum anderen sei es auch eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse. Vom Referenten wie in der Aussprache wurde betont, man müsse, da die Abfindungsbrennerei ein süddeutsches Vorrecht sei, Rücksicht auf die Verhältnisse, unter denen gebrannt werden dürfe, verlangen.

t. **Emmendingen**, 16. Jan. In dem Hause des Zimmermanns Scharbach erschienen letzten Freitag abend plötzlich zwei fremde Männer, würgten die allein anwesende Frau und schlugen sie nieder. Als der Sohn der Ueberfallenen dazwischen kam, flohen die Räuber.

t. **Breisach**, 16. Jan. In Anwesenheit der staatlichen und städtischen Behörden und fast sämtlicher hier wohnender Elsaß-Lothringer wurde die Grundsteinlegung zu den acht für die vertriebenen Elsaß-Lothringer zu errichtenden Einfamilienhäusern in der Zeppelinstraße vorgenommen.

t. **Engen**, 16. Jan. (Drahtber.) Gestern nacht ist in Aach die bekannte Brommermühle abgebrannt. Sie gehörte dem Gemeindestromverband Tuttlingen und bildete einen Teil des hiesigen Elektrizitätswerkes. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Getreide- und Mehlvorräte des Kommunalverbands Engen konnten zum größten Teil gerettet werden. Das Gebäude war nicht bewohnt. Brandursache soll Reibung sein.

t. **Villingen**, 16. Jan. Ueber die Streikursache in der Schwärzwälder Uhrenindustrie wird noch berichtet: Die Höhe der Teuerungszulage, die von den Uhrenarbeitern verlangt wurde, hat bei den Verhandlungen zuletzt keine Rolle mehr gespielt, da hier im wesentlichen Uebereinstimmung erzielt worden war. Die Meinungsverschiedenheiten, die nun zur Austragung des Streikes geführt haben, liegen lediglich in der Art der Gewährung der Zulagen. Um die Kalkulation nicht unnötig zu erschweren, die Leistungsfähigkeit anzuregen, und eine gewisse Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter zu erhalten, schlugen die Arbeitgeber Zulagen vor, die in Hundertteilen der seitherigen Löhne ausgedrückt sind. Diese Art der Erhöhung wurde von den Arbeitern abgelehnt, sie verlangten feste Beträge auf die Tariffätze, die seither bezahlt wurden. Da auch ein weiterer Vermittlungsvorschlag der Arbeitgeber in letzter Stunde noch abgelehnt wurde, kam es zum Streik.

t. **Donaueschingen**, 16. Jan. (Drahtbericht.) Gestern nachmittag sind beim Rodeln von der Villinger Straße herunter zwei junge Leute in die Brigach hineingefahren. Das Eis brach ein und beide fanden den Tod. Es handelt sich um einen Soldaten und den Sohn des Wirts Bergner. Die Leute konnten noch nicht geborgen werden.

t. **Konstanz**, 16. Jan. Aus der Fremdenlegion sind zwei Konstanzer, Karl Schupp und Heinrich Hölzle, entwischt. Wie sie angeben, suchten sie im Oktober v. J. in Karlsruhe Arbeit. Im Wartesaal des Karlsruher Hauptbahnhofs waren sie von einem Unbekannten angesprochen worden, der ihnen Arbeit in Aussicht stellte und mit dem sie nach Straßburg fuhren. Dort wurden sie in eine Kaserne gebracht und dann von französischen Soldaten nach Marsaille transportiert. Schließlich seien sie in die französische Fremdenlegion gesteckt worden. Mit einem russischen Offizier und einem weiteren Deutschen hätten sie sofort Pläne zur Flucht ausgearbeitet, die ihnen auch gelungen ist. Von Siddi-bel-Abbes wanderten sie drei Tage lang zu Fuß nach Orang, kamen auf einen amerikanischen Dampfer und von da nach Marsaille. Da der Offizier französisch sprach, sei es bis Paris gut gegangen, dort wurden sie aber von einem Kriminalbeamten angehalten. Sie gaben an, daß sie aus Avignon entlassene deutsche Kriegsgefangene seien, und man ließ sie laufen. In Straßburg wurde ihnen Geldunterstützung zuteil und sie kamen über Weißenburg und Landau in die badische Heimat. Nach ihrer der „Konstanzer Zeitung" gegebenen Erzählung sollen sich in Afrika noch viele deutsche Kriegsgefangene befinden.

Aus Nachbarländern

t. **Neuenbürg**, 16. Jan. Eine schwere Bluttat hat sich am Sonntag hier zugetragen. Bijouteriefabrikant Karl Heidecker hatte mit dem Bijouteriegrossisten Jüngst und ihren Frauen eine Rodelpartie nach dem Dobel unternommen. Als sie abends zurückkehrten, belästigte ein Betrunkener, ein etwa 30 Jahre alter Magazinarbeiter bei der Neuenbürger Güterbeförderei, die Frau eines der Herren. Als dieser sich die Unverschämtheiten verbat, kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Betrunkene zum Messer griff und dem Fabrikanten Heidecker zwei Messerstiche versetzte, die in der Herz- und Lebergegend lebensgefährliche Verletzungen hervorriefen. Der Messerstecher ist verhaftet

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die letzten amtlichen Devisenkurse.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 16. Januar (abends).

Belgien	1460	Schweiz	—
Paris	1515	London	780
Neuyork	184	Italien	—
Holland	6775		

Tendenz: leicht befestigt.

*

Die falsche Rechnung.

Der bekannte englische Finanzsachverständige Keynes hat ein neues Buch unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" veröffentlicht, das bei Macmillan & Co. in London erschienen ist. Keynes stellt u. a. folgendes fest:

Deutschland kann die festgesetzten Terminzahlungen nicht leisten, weil sein Import größer ist als der Export. Um die Reparationszahlungen leisten zu können, müßte es den Goldwert seines Exports im Jahre 1922 und weiterhin um das Doppelte vergrößern, während die Importziffern die gleichen bleiben müßten. Vom Gesichtspunkte der Steuertheorie gesehen betragen die gesamten Einnahmen jedes Deutschen ungefähr 5000 Papiermark, und davon müßte er 42 bis 43 Prozent in der Form von Steuern abgeben, um den Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können. Es ist daher nach Keynes zweifelhaft, ob je eine Regierung sich finden werde, die das halbe Einkommen ihres Volkes in der Form von Steuern erheben könne.

Ist nun, so fragt Professor Keynes, die Rechnung der Wiederherstellung, wie sie nun steht, durchaus gerechtfertigt? — Der durchschnittliche Wert jedes Hauses in Deutschland scheine von den Franzosen auf ungefähr 2273 Pfd. Sterling (etwa 113 750 Franken) geschätzt zu sein, obwohl es hauptsächlich kleine Häuser von Landwirten, von Bergarbeitern und mit kleinen Mietswohnungen in Provinzstädten seien. Der Durchschnittswert der Zimmereinrichtungen sei geschätzt auf 1180 Pfd. Sterling (etwa 59000 Franken) für das Haus. Der Morgen Anbaufläche auf 260 Pfd. Sterling (etwa 12 000 Franken). Nach Keynes ist diese Schätzung zwei- bis dreimal zu groß. Die Belgier schienen sich ebenfalls in der Berechnung der Entschädigungssumme bedeutend geirrt zu haben. Weiter bestreitet Keynes die Gültigkeit der Forderungen für Pensionen, welche zwei Drittel des englischen Anspruches bilden; denn Deutschland waren Friedensbedingungen versprochen worden, welche nichts weiter zuließen, als daß der Schaden an dem Bürgereigentum der Bevölkerung ersetzt werden sollte. Schließlich spricht Keynes über die Folgen der deutschen Reparationszahlungen für den Handel der Alliierten. Was man auch über die Form vorschreibe, worin Deutschland bezahlen solle, so könne eine sehr erhebliche Expansion des deutschen Handels über die anderen europäischen Konkurrenten nicht verhindert werden.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Allianz Lebensversicherungsbank A.-G. Berlin.

Unter Mitwirkung einiger befreundeter Banken sowie der Allianz Versicherungs-A.G. in Berlin und der Münchener Rückversicherungs-Ges. in München wurde obige Firma mit einem Kapital von 25 Millionen Mark bei 25 Prozent Einzahlung gegründet. Die Gesellschaft wird die Lebensversicherung in allen Zweigen betreiben. Der Allianzkonzern erfährt mit dieser Neugründung eine bedeutende Erweiterung, wobei das Gebiet der Lebensversicherung neu in das Tätigkeitsfeld aufgenommen ist.

Mannheimer Produktenbörse.

K. Mannheim, 16. Januar.

Bei Eröffnung der heutigen Produktenbörse war die Stimmung ruhig, doch trat späterhin, als für die ausländischen Zahlungsmittel höhere Kurse genannt wurden, eine festere Stimmung auch für Brotgetreide, wie auch für Futterartikel und sonstige Produkten hervor. Die Käufer waren aber im Einkauf sehr vorsichtig und infolgedessen hielt sich der Verkehr in recht engen Grenzen. Die Forderungen, die für Weizen gestellt wurden, bewegten sich zwischen 800—810 Mk. für die 100 kg bahnfrei Mannheim. Roggen lag gleichfalls nach anfänglicher ruhiger Tendenz etwas befestigt, man verlangte 620—625 Mk. für die 100 kg bahnfrei Mannheim. Hafer wurde bahnfrei Mannheim mit 590—600 Mk. die 100 kg genannt. In Gerste bestand nur Interesse für Brauerware, während Futtergerste vernachlässigt blieb. Für württembergische Gerste schwankten die Preisforderungen zwischen 740—750 Mk., während ab pfälzischen Stationen 760 Mk. für die 100 kg verlangt wurden. Mais lag nach anfänglicher matter Haltung wesentlich fester, da dieser Artikel vollständig von den Schwankungen der Devisen abhängt. Für Mixedmais stellten sich die genannten Preise auf 640 Mk. für die 100 kg bahnfrei Mannheim. Futterartikel hatten gut behaupteten Markt, es kosteten Malzkeime 545—550 Mk. die 100 kg ab mittelbadischen Verladestationen, Weizen- und Roggenkleie 395—400 Mk. die 100 kg ab süddeutschen Mühlen. Kokoskuchen wurden mit 585 bis 587 Mk. die 100 kg, ebenso Palmkernkuchen ab Groß-Gerau genannt. Sesamkuchen waren zu 750 bis 752 Mk. und Erdnußkuchen zu 760—763 Mk. die 100 kg ab süddeutschen Verladestationen am Markte. Rauhfutter lag unverändert, Wiesenheu, lose, stellte sich auf 300—320 Mk., drahtgepreßtes Stroh auf 100 Mk. und gebundenes Stroh gleichfalls auf 100 Mk. die 100 kg bahnfrei Mannheim. Hülsenfrüchte verkehrten ohne nennenswerte Veränderung. Es kosteten grüne Erbsen 850 Mk., kleinere, grüne Erbsen 725—735 Mk., Viktoria-Erbsen 925—900 Mk. Rangoonbohnen 950 bis 900 Mk., Kalifornische Bohnen 800 Mk., jugoslawische Bohnen 810—800 Mk. und Wachtelbohnen auf 650 Mk. die 100 kg ab süddeutschen Verladestationen. Vom Mehlmarkte ist nichts Neues zu berichten. Die Forderungen der Mühlen, die sich unverändert auf 1125 Mk. für Weizenmehl, Marke Spezial 0, stellen, lauten immer noch über den Forderungen der zweiten Hand, die zu 1050 bis 1060 Mk. für die 100 kg ab süddeutschen Mühlen als Abgeberin im Markte ist. Die Preise für Roggenmehl, Nachmehl, usw. sind unverändert.

Amtliche Notierungen. Mais, La Plata, 700 mit Sack, Erbsen, inl. 700—900, Weizen 780—800, Roggen 625—635, Braugerste 740—760, Hafer 575—585, Biertreber 520—540. Wiesenheu, lose. 300—320, Preßstroh 100, gebundenes Stroh 100, Reis, inkl. Sack 700—1200. Tendenz: ruhig.

Börse Handel Industrie – Gewerbe

Mannheimer Effektenbörse.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Mannheim**, 16. Jan. Heute war in Bankaktien lebhaftes Geschäft. Badische Bank wurden zu 505, Rheinische Creditbank zu 300, Rheinische Hypothekenbank zu 222, Süddeutsche Diskonto zu 370 Prozent gehandelt. Industriewerte lagen ruhiger. Abschlüsse erfolgten in Anilin zu 565, Benz zu 640, Dampfkessel Rodberg zu 709 und Rheinische Elektrizitätsaktien zu 635 Prozent. Sonstige Notierungen: Westeregeln 2950 Geld, Seil-Industrie Wolf 560 Geld, Zement Heidelberg 715 Geld, Zellstoff 770 Geld, 775 Brief, Zuckerfabrik Frankenthal 750 Geld, Mannheimer Gummi 700 Geld exkl. Bezugsrecht.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Die Börse eröffnete ruhig bei zunächst abwartender Haltung. Immerhin muß die Grundstimmung des Marktes als gut behauptet angesprochen werden. Einzelne Spezialpapiere verzeichneten eine rege Umsatztätigkeit, da man in der Industrie in der nächsten Zeit große Transaktionen erwartet. In den nicht offiziell notierten Werten war das Geschäft vorübergehend etwas lebhafter. Düsseldorfer Bankverein stärker gesucht und ging 43, 45 bis 50 um, später wieder abgeschwächt. Es wurden ferner folgende Preise genannt: Benz 670, Bezugsrecht 110—125, Chemische Rhenania 865, Deutsche Petroleum schwächer 1575—1550, junge Brown Boveri 460, Gebrüder Fahr ca. 535, Hansa Lloyd 340. Ueber die geschäftliche Entwicklung auf den variablen Märkten ist folgendes anzuführen: Zu etwas festeren Kursen standen wieder Kaliaktien in Nachfrage. Harpener wurden etwas höher, während Mannesmann, Oberbedarf. Deutsch-Luxemburg Kurseinbußen erlitten. Caro notierten 640 exkl. Bezugsrecht. Aschersleben 940. Für einzelne Elektrizitätspapiere wurden niedrigere Kurse genannt, so für A.E.G., Bergmann. Schuckert gut gehalten 645. Daimler, Kleyer und Neckarsulmer erlitten Kurseinbußen. Unter den chemischen Werten Scheideanstalt 1420, Holzverkohlung 900. Anilinwerte neigten mäßig nach unten. Zuckerfabriken anziehend, etwas angeboten. Metallbank 1050. Oesterreichische Kreditanstalt fester 115½. Von den Valutapapieren waren Ungarische Goldrente mit 167 etwas fester. Auch Schantung wurden mit 700 Geld genannt. Am Markte der Werte mit Einheitskursen zeigte sich vorwiegend behauptete Tendenz. Metallätzwerke zu höheren Kursen gesucht. Im Verlaufe stellten sich eine Befestigung ein. Der Schluß der Börse gestaltete sich ruhig. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

Berlin, 16. Jan. Nachdem die Deutschland bewilligte Zahlungserleichterung die Devisenkurse erheblich gedrückt hatte, trat heute eine leichte Befestigung ein auf den Bedarf der Industrie und auf die sich wieder geltend machende pessimistische Auffasuung der internationalen politischen Lage. Auch am Effektenmarkt herrschte Zurückhaltung vor und das Geschäft war klein bei meist niedrigen Anfangskursen. Nur Kaliwerte stiegen auf Meinungskäufe lebhafter, teilweise bis 100 Prozent. Westeregeln setzten erheblich niedriger ein auf die zweifelhaft gewordene Bewilligung. Die Bezugsrechte auf die neuen Aktien erholten sich dann aber wieder fast vollständig. Eine kräftigere Stimmung erfuhren ferner Mannesmann-Röhren und Riebeck, nämlich um mehr als 100 Prozent. Die sonstigen Kursveränderungen waren verhältnismäßig wenig erheblich. Banken ziemlich unverändert. Schiffahrtsaktien vorwiegend etwas abgeschwächt. Im späteren Verlaufe war die Haltung etwas fester, jedoch ohne geschäftliche Belebung. Anlagewerte behauptet.

Industrien.

Tonwarenindustrie Wiesloch A.-G. Die Generalversammlung beschloß, das Gesellschaftskapital von 5 Millionen Mark durch Ausgabe neuer Aktien zum Kurse von 100 Prozent auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Die Direktion berichtete, daß das Geschäftsjahr 1921 befriedigend verlaufen ist.

Der Stuttgarter Zeitungsverlag G. m. b. H., der hauptsächlich das „Stuttgarter Neue Tagblatt", die „Württemberger Zeitung" und die „Cannstatter Zeitung" herausgibt, hat das Stammkapital auf 5 Millionen Mark erhöht.

Fr. Hesser, Maschinenfabrik, A.-G., in Stuttgart-Cannstatt. Die Generalversammlung hat die Dividende auf 25 Prozent festgesetzt.

Märkte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 16. Januar. Es wurden bezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 1100—1160 Mk.; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 1050—1100 Mk.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 1000—1050 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 900—1000 Mk.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 950—1000 Mk.; vollfleischige, jüngre 900—950 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 850—900 Mk.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 1000—1200 Mk.; vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 900—1000 Mk.; gut entwickelte Färsen 1000—1100 Mk.; mäßig genährte Färsen 900—1000 Mk.; gering genährte Kühe 500—700 Mark.

Kälber, mittlere Mast- und Saugkälber 1100 bis 1200 Mk.; geringere Mast- und gute Saugkälber 1000—1100 Mk.

Schweine, vollfleischige, von 120—150 Kilo Lebendgewicht 1800 Mk.; vollfleischige, von 100—120 Kilo Lebendgewicht 1700 Mk.; vollfleischige, von 80—100 Kilo Lebendgewicht 1600 Mk.; vollfleischige unter 80 Kilo Lebendgewicht 1550 Mk.; Sauen 1500 Mark.

Zufuhr 358 Stück. 41 Ochsen, 36 Bullen, 20 Kühe, 68 Färsen, 41 Kälber, 149 Schweine.

Tendenz des Marktes: langsam; der Markt wurde nicht geräumt.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 16. Januar. Es wurde bezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 1150—1200 Mk.; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 1000—1050 Mk.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 850—900 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 700—850 Mk.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 950—1050 Mk.; vollfleischige, jüngere 850—950 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 700—800 Mk.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 1100—1175 Mk.; vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahre 950—1050 Mk.; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 650—750 Mk.; mäßig genährte Kühe und Färsen 450—650 Mk.

Kälber, Doppelender, feinster Mast 1350—1400 Mk.; feinste Mastkälber 1300—1350 Mk.; mittlere Mast- und beste Saugkälber 1250—1300 Mk.; geringere Mast- und gute Saugkälber 1200—1250 Mk.; geringere Saugkälber 700—750 Mk.

Schafe, Masthämmel und jüngere Masthammel 650—700 Mk.; ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 550—600 Mk.; mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 500—550 Mk.; Mastlämmer 500—550 Mk.

Schweine, Fettschweine, über 150 kg Lebendgewicht 1750—1850 Mk.; vollfleischige Schweine von 120—150 kg Lebendgewicht 1750—1825 Mk.; vollfleischige Schweine von 100—120 kg Lebendgewicht 1600—1750 Mk.; vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht 1350—1550 Mk.; vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht 1300 bis 1550 Mk.

Pferde: Wagenpferde 12 000—35 000 Mk.; Arbeitspferde 10 000—35 000 Mk.; Pferde z. Schlachten 1500—5000 Mk.

Zufuhr 3388 Stück, 231 Ochsen, 151 Bullen, 1006 Kühe, 535 Kälber, 465 Schafe, 708 Schweine, 371 Pferde.

Handel mit Großvieh mittelmäßig, Markt geräumt, mit Kälber mittelmäßig, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, geräumt, mit Schafen ruhig, kleiner Ueberstand, mit Wagen- und Arbeitspferden mittelmäßig, mit Schlachtpferden lebhaft.

Bühl, 16. Jan. Zum heutigen Schweinemarkt wurden aufgefahren 340 Ferkel, 16 Läuferschweine aus den Amtsbezirken Achern, Bühl, Baden, Kehl, Rastatt, Oberkirch. Verkauft wurden 320 Ferkel und 6 Läuferschweine in die Amtsbezirke Achern, Bühl, Baden, Kehl, Rastatt, Schwetzingen, Karlsruhe. Der niederste Preis für Ferkel war 230 Mk., der mittlere Preis 550 Mk., der höchste Preis 800 Mark; für Läuferschweine war der niederste Preis 900 Mk., der mittlere Preis 1200 Mk., der höchste Preis 1600 Mk. per Paar.

Messen.

Die Erfindungsmesse Mannheim findet vom 23. April bis 4. Mai statt.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	13. Jan.	16. Jan.
Badische Bank	491.—	520.—
Darmstädter Bank	280.—	280.—
Deutsche Bank	470.—	465.—
Diskonto Commandit	411.—	407.—
Dresdener Bank	315.—	309.—
Mitteld. Creditbank	300.—	300.—
Oesterr. Länderbank	200.—	195.—
Pfälzische Bank	69.75	65.—
Rheinische Creditbank	300.—	300.—
Südd. Diskonto-Ges.	360.—	370.—
Wiener Bankverein	74.75	73.75
Württbg. Notenbank	—.—	400.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	955.—	945.—
Gelsenkirchen	935.—	890.—
Harpener	1340.	1390.
Laurahütte	903.—	845.—
Aschaff. Zellstoff	885.—	—.—
Grün & Bilfinger	620.—	—.—
Zementw. Heidelberg	735.—	715.—
Bad. Anilin	589.—	565.—
Scheideanstalt	1450.	1400.
Höchster Farben	575.—	558.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch. Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	525.—	507.—
Gebr. Junghans	611.—	675.—
Adler & Oppenheimer	1300.	1400.
B. Masch. Badenia	690.—	600.—
Maschfabr. Durlach	819.—	838.—
Maschfabr. Gritzner	1010.	998.—
Haid & Neu	791.—	790.—
Maschfabr. Karlsruhe	945.—	900.—
Oberursel	650.—	665.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	699.—	698.—
Elsässer Baumwolle	915.—	899.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	—.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	780.—	775.—
Zellstoff Waldhof	790.—	777.—
Zuckerfabr. Waghäusel	775.—	758.—
Zuckerfabr. Frankenth.	769.—	750.—
Benz Motoren	680.—	665.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	850.—	812.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	13. Jan.	16. Jan.
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	100.—	100.—
5% III „ „	100.—	100.—
4½ IV—V „	84.60	84.60
4½ VI—IX „	72.10	72.—
4½ 1924er „	95.—	95.—
5% Deutsch. Reichsanl	77.50	77.50
4% „ „	88.10	88.25
3½% „ „	73.75	73.70
3% „ „	104.30	104.30
Deutsche Prämienanl.	80.—	79.90
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 192	100.—	99.90
4% Preußische Konsol	71.10	71.10
3½% „ „	60.50	60.25
3% „ „	59.—	59.30
4% Bad. Staatsanl. 08/14	78.75	78.25
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	500.—	484.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	—.—	610.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	—.—	1905.
Deutsch-Australien	549.—	538.—
Hamburger Paketfahrt	420.—	424.50
Hambg.-Südamerika	680.—	630.—
Hansa D.-Schiffahrt	450.—	—.—
Norddeutscher Lloyd	420.—	401.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	—.—	450.—
Darmstädter Bank	286.—	285.—
Deutsche Bank	470.—	465.—
Diskonto-Commandit	420.—	415.—
Dresdner Bank	315.—	320.—
Nationalbank	290.—	290.—
Oesterr. Credit	111.50	109.50
Reichsbank	191.—	197.—

Industrie-Papiere	13. Jan.	16. Jan.
Accumulatoren	845.—	848.—
Adlerwerke	630.—	609.50
Alexanderwerke	619.—	589.50
A. E. G.	720.—	700.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1301.	1205.
Augsburg-Nürnberg	1260.	1201.
Badische Anilin	580.—	577.—
Bergmann Elektrizität	810.—	865.—
Berl. Anh. Maschinen	658.—	650.—
Berliner Maschinen	1085.	1030.
Bing Nürnberg	574.75	574.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1015.	982.—
Gebrüder Böhler	—.—	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	720.—	715.—
Chem. Griesheim	692.—	688.—
Chem. Albert	1365.	1370.
Daimler Motoren	517.—	500.50
Dessauer Gas	544.—	529.—
Deutsch-Luxemburg	905.—	849.
D. Eisenbahn S. W.	594.—	562.—
Deutsch Erdöl	1900.	1875.
Deutsches Kali	1215.	1365.
Deutsche Waffen	1230.	1260.
Deutsch Eisenh.	901.—	901.—
Dynamit Trust	654.—	640.—
Elberfelder Farben	575.—	583.—
Eschweil. Bergwerke	608.50	735.—
Feldmühle Papier	800.—	830.—
Felten & Guilleaume	1005.	969.—
Filter Brautechnik	1120.	1085.
Gaggenau	710.—	710.—
Gasmotoren Deutz	640.—	660.—
Gelsenkirchen	791.—	970.—
Genschow	700.—	680.—
Goldschmidt	1100.	1038.
Gritzner Maschinen	1035.	998.—
Hannover Maschinen	2400.	2500.
Hannover Waggon	1075.	1020.
Harpener	1340.	1335.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	747.—	710.—
Höchster Farben	565.—	558.50
Hösch Eisen	1155.	1105.

	13. Jan.	16. Jan.
Hohenlohe	740.—	670.—
Kali Aschersleben	900.—	950.—
Maschfabr. Karlsruhe	940.—	915.—
Ver. Köln.-Rottweil	780.50	760.—
Kostheimer Cellulose	520.—	520.—
Kyffhäuser	552.50	500.—
Lahmeyer Co.	510.—	499.—
Laurahütte	925.—	900.—
Lindes Eismaschinen	566.—	600.—
Ludwig Löwe	970.—	857.—
Lothringer Zement	770.—	790.—
Mannesmann	1220.	1380.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	780.—	735.—
Oberschl. Eisenindustr	—.—	616.—
Oberschl. Kokswerke	1800.	1810.
Orenstein & Koppel	950.—	955.—
Phönix Bergwerke	990.—	970.—
Rheinisch Metall	500.—	495.—
Rheinisch Stahl	1120.	1021.
Rombacher Hütte	700.—	708.—
Rütgerswerke	845.—	821.—
Sachsenwerke	565.—	552.—
Schuckert & Co.	660.—	640.—
Siemens & Halske	825.—	772.—
Sinner Brauerei	1260.	1225.
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1350.	1335.
Stollberger Zink	1115.	1100.
Türkischer Tabak	2475.	—.—
Varziner Papier	1309.	1310.
Vereinigt. D. Nikel	1075.	1045.
Vereinigt. Glanzstoff	3005.	3200.
Vereinigt. Stahl Zypen	4020.	4020.
Wanderer Fahrrad	1465.	1490.
Westeregeln Alkali	3000.	3000.
Zellstoff Waldhof	800.—	765.—
Otavi Minen	790.	775.—
Otavi Genuß	780.—	765.—
Deutsche Petroleum	1676.	1660.
Pomona	4200.	4200.
Kollmar & Jourdan	789.—	760.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 16. Januar.

	14. Jan. Geld	14. Jan. Brief	16. Jan. Geld	16. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1409.50	1412.50	1441.—	1444.—
Holland	6693.30	6705.70	6768.20	6781.80
London	766.20	767.80	777.20	778.80
Paris	1483.50	1486.50	1509.40	1512.60
Schweiz	3496.50	503.50	3566.40	3573.60
Spanien	2697.30	2702.70	2727.20	2732.80
Italien	789.20	790.80	809.10	810.90
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	3596.40	3603.60	3651.30	3658.70
Norwegen	2827.10	2832.90	2847.10	2852.90
Schweden	4545.50	4554.50	4582.90	4592.10
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	181.05	181.45	183.30	183.70
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch Oesterr.	6.24	6.26	6.56½	6.58½
Budapest	30.09½	30.15½	28.84½	28.90½
Prag	298.70	299.30	305.60	305.40

w. Berlin, 16 Januar.

	14. Jan. Geld	14. Jan. Brief	16. Jan. Geld	16. Jan. Brief
Rotterd.-Amsterd	6653.30	6666.70	6768.20	6781.80
Brüssel	1425.05	1428.95	1448.55	1451.45
Christiania	2822.15	2827.85	2877.10	2882.90
Kopenhagen	3611.35	3618.65	3671.30	3678.70
Stockholm	4485.50	4494.50	4585.40	4594.60
Helsingfors	340.65	341.35	341.15	341.85
Italien	786.70	788.30	804.15	805.85
London	761.70	763.30	779.20	780.80
Newyork	180.56	180.94	184.06	184.44
Paris	1498.50	1501.50	1510.95	1514.05
Schweiz	3511.45	3518.55	3566.40	3573.60
Spanien	2697.30	2702.70	2737.25	2742.75
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	6.48	6.52	6.18	6.22
Prag	297.70	298.30	305.65	305.35
Budapest	29.37	29.43	23.97	29.03
Lissabon	121.85	122.15	123.35	123.65
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Buenos-Aires	60.15	60.30	61.90	62.60

Abenddevisen.

Frankfurt, 16. Jan.

Brüssel	1460	Paris	1515
Holland	6775	Italien	—
London	780	Neuyork	184
Schweiz	—		

Tendenz: leicht befestigt.

w. Zürich, 16 Januar.

	14. Jan.	16. Jan.
Holland	189.75	189.50
Deutschland	2.85	2.80
Wien	0.17	0.17
Prag	8.55	8.55
Paris	42.20	42.25
London	21.77	21.77
Italien	22.50	22.55
Brüssel	40.40	40.35
Budapest	0.82½	0.82½
Newyork	514.—	515.—
Agram	1.65	1.85
Warschau	0.17	0.18
Kopenhagen	103.—	103.25
Stockholm	128.50	128.50
Christiania	80.75	80.50
Madrid	77.—	77.—
Buenos-Aires	170.—	172.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	6700 – 6850	6725 – 6800
Schweiz	3525 – 3550	3550 – 3625
Paris	1490 – 1535	1505 – 1520
Belgien	1450 – 1500	1450 – 1490
London	765 – 785	770 – 790
Neuyork	178 – 185	182 – 184
Italien	795 – 815	805 – 810
	Tendenz fest.	Tendenz ruhig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg